

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
29. April 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Fünfundzwanzig Jahre. — Gegen den staatlichen Gebürzwang. Rede der Genossin Bieg. (Schluß.) — Proletarierinnen heraus! — Die Massenerkrankungen der Petersburger Arbeiterinnen und die Bewegung des russischen Proletariats. Von E. Tenenbaum. — Eine Frauenzeitung im Jahre 1848: Kirche und Schule. Von a. e. — Die Bedeutung des sozialdemokratischen Frauentags in Rußland. Von A. Kollontaj.

Aus der Bewegung: Aufruf an die Genossinnen. — Von der Agitation. — Die erste Frauenkonferenz für den Kreis Hof i. V. — Über die Tätigkeit der Kinderschutzkommission in München. — Politische Rundschau. Von A. Th. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die Feuerprobe der Zarispolitik in der Holzindustrie. Von tk. — Die preussische Polizeibehörde als Gegner des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Von tk. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.

Nebenteil: Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

## Fünfundzwanzig Jahre.

Die internationale Maiseier des kämpfenden Proletariats steht vor der Tür. Zum fünfundzwanzigsten Male wird es heuer geschehen, daß die Ausgebeuteten aller Länder in einer Gesinnung und einem Ziel brüderlich verbunden an einem Tage der bürgerlichen Gesellschaft unverwundlichen Kampf, Todfeindschaft ansagen. Wie oft haben die Mugnießer, Lobredner und Schützer eben dieser bürgerlichen Gesellschaft seither „das Ende“ der Maiseier prophezeit! Als der denkwürdige erste Kongreß der neuen sozialistischen Internationale 1889 zu Paris die Maiseier beschloß, hatte, als diese seine Lösung von den Klassenbewußten Arbeitern aller Länder mit unbeschreiblicher Begeisterung aufgenommen wurde, da war jenen Herrschaften die spukhafte Hand erschienen, um an die Wand des prunkvollen kapitalistischen Gesellschaftshauses das Menetekel zu schreiben. Die Angst des bösen Gewissens und ihr ungeschichtlicher Sinn machte ihnen die Maiseier als gleichbedeutend vor mit dem Versuch zum „großen Kladderadatsch“. Nachdem der Verlauf der ersten internationalen Kundgebung mit dieser kindlichen Phantasie aufgeräumt hatte, ist kaum ein Jahr vergangen, wo das bürgerliche Zeitungsgezwirf nicht mehr oder weniger laut und höhnisch das Mißlingen der Maiseier vorausverkündet hätte. Doch siehe da! Lebendig und wirksam ist heute noch die internationale Manifestation der kämpfenden Arbeiterklasse für den gesetzlichen Arbeiterschutz und insbesondere den Achtstundentag, für großzügige soziale Reform auf der ganzen Linie, gegen den Rüstungswahnsinn und Völkermord, für die Solidarität der Ausgebeuteten aller Länder.

Wir geben zu, daß die Maiseier nicht alle Blümenträume reifen ließ, mit denen viele sie umspinnen hatten. Jedoch was besagt dies anders als die alte, alltägliche Wahrheit, daß es im Befreiungsringen des Proletariats kein einziges allein-seligmachendes Mittel gibt, das weittragende Erfolge zu

sichern vermöchte, die nicht im zähen Kampfe den Widerständen der kapitalistischen Welt abgetrotzt werden müßten. In dem ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens hat die Maiseier sich trefflich als Mittel bewährt, vom Kapital geknechtete und ausgefaugte Massen zu wecken, zusammenzufassen und zum Kampfe gegen das Ausbeutertum und die Ausbeutungsordnung zu führen. Und was sie für dies alles in jedem einzelnen Jahre und bei jeder einzelnen Nation geleistet hat, das ist um so reicher gewesen, je mehr Kraft, Begeisterung, Opferfreudigkeit und Selbstvertrauen die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse aufgebieten hat, um den Gedanken der Maiseier lebendig werden zu lassen.

Der jährliche internationale Aufmarsch proletarischer Massen darf unstreitig ein großes Teil Verdienst daran beanspruchen, daß in allen kapitalistischen Staaten die Herrschenden und Regierenden gezwungen worden sind, den alten heiligen Grundsatz kapitalistischer Ausbeutungsfreiheit fallen zu lassen: laissez faire, laissez passer, laßt gehen, laßt geschehen! Heute wagen nur noch die rückständigsten Gelehrten, Politiker und Gesetzgeber gelegentlich seinen Schatten zu beschwören. Mag das internationale Zusammenwirken der Regierungen in Sachen der Arbeiterschutzgesetzgebung noch spärliche und saure Früchte wachsen lassen, nicht einmal sie würden gerettet ohne das anhaltende, immer wieder erneute Drängen der ausgebeuteten Männer und Frauen nach Schutz wider ihre fühllosen Peiniger. Denn es ist in dem Tun und Treiben der Scharmacher mit Händen zu greifen, daß die Feindschaft der machtvollsten Kapitalistenflügel gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz, gegen soziale und politische Reformen überhaupt sich nicht etwa mildert, ganz im Gegenteil, daß sie sich verschärft. Nicht als ob die großen Unternehmer schwindendem Gewinn, dem „Ruin der Industrie“ als der Folge solcher Fortschritte nachweinen müßten. Die Erfahrung hat längst erwiesen, daß die Zügelung der kapitalistischen Profitgier, daß die gehobene Lage des Proletariats die Leistungstüchtigkeit der Werkstätigen steigert und die Entwicklung der Produktivkräfte fördert. Jedoch, wovor die Kapitalisten zittern, das ist die Erschütterung und Einschränkung ihres „Herrsens im Hause“. Das ist das im Kampf um Reformen und durch Reformen wachsende Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen ihrer Lohnsklaven.

Gerade aber Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen der Fronddenden ist bei der Maiseier durch den Massenschritt der Arbeiterbataillone aller Länder erweckt und gekräftigt worden. Denn diese internationale Kundgebung ist und bleibt ein flammender Appell an die Habenichtse, sich auf ihr Menschentum zu besinnen und es nicht widerstandslos in den Profitmühlen des Kapitalismus zermalmen zu lassen; ist und bleibt eine greifbare Verkörperung der Bedeutung und der Macht, die im Proletariat ruht. Daher hat auch das Ringen der Proletarier um bessere Arbeitsbedingungen, um ein leichteres, reicheres Dasein dank der Maiseier immer neue kräftige Impulse erhalten, immer größere Schichten erfaßt. Von Tausenden von Maiseierversammlungen ist die ein-

dringliche Mahnung an die Arbeiter und Arbeiterinnen ausgegangen, sich nicht daran genügen zu lassen, die soziale Gesetzgebung voranzutreiben, nein, gleichzeitig auch mittels der Gewerkschaften der kapitalistischen Vergeudung und Vernichtung warmen Menschenlebens zu wehren. Der Blick breitetster Massen wurde auf die Notwendigkeit und das vielseitige Wirken der Organisationen gerichtet. So ist die Maiseier durch 25 Jahre ein großer, fruchtbarer Rekrutierungstag der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gewesen.

Invergänglich hat sie geleistet, um unter den Proletariern aller Länder das Bewußtsein ihrer internationalen Solidarität zu beleben und zu kräftigen. Seit sich das internationale Proletariat zum ersten Male um den sozialistischen Maibaum gesammelt hat, ist der Imperialismus groß geworden. In wahnwitzigem Taumel verschwenden die Besitzenden und Herrschenden den Schatz des Volkes an Gut und Blut in erdrückenden Rüstungen, in mörderischen Kolonialabenteuern, in greuelvollen Kriegen. Die Gefahr eines Weltbrandes bedroht ständig die Völker. Inmitten des kapitalistischen Gegenabbaus mordspatriotischer Verheerung hat die Maiseier Jahr für Jahr das Ideal der internationalen Brüderlichkeit der Ausgebeuteten erhoben. Sie hat in Millionen den tiefsten Haß gegen den brudermürgenden Krieg stark werden lassen, hat Millionen an die Macht erinnert, die sie gegen diese Barbarei einzusetzen vermögen. Die Maimanifestation eines einzigen Jahres hat damit mehr für die Sicherheit des Weltfriedens gewirkt als alle Kongresse bürgerlicher Friedensfreunde, als alle Zusammenkünfte von Parlamentariern verschiedener Nationen, bei denen bürgerliche Politiker der Friedensgöttin den Saum des Gewandes küssen, um gleich darauf durch Rüstungsbewilligungen das Schwert des Imperialismus zu schleifen. Ohne das 25jährige Wirken der Maiseier können wir uns die gewaltige Friedensfundgebung des internationalen Proletariats in Basel, das an Klarheit und Kraft gewinnende Auftreten der Arbeiter aller Länder gegen Militarismus und Krieg nicht denken.

Allen Sorgen und Nöten, die das Arbeitsvolk jeweilig bedrängen, allen Forderungen und Zielen, die sich im Augenblick in den Vordergrund seines Kampfes drängen, ist die Maiseier nach dem Gebot der Stunde nutzbar gemacht worden. Über alles Einzelne und Kleine hinweg hat sie aber den Blick der Massen stets erneut auf die eine große Wurzel aller sozialen Übel gelenkt: auf die wirtschaftliche Unfreiheit der Arbeiter, auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Damit hat sie den Willen der Werktätigen zwingend auf die soziale Revolution, auf das sozialistische Endziel konzentriert. Weil die Maiseier ihre Kraft aus allen Gegenwartsschmerzen und allen Zukunftshoffnungen der Ausgebeuteten schöpft, ist sie für Hunderttausende proletarischer Frauen zur Erweckerin und Wegweisenden geworden. Auf dem Pariser Kongreß des Jahres 1889 waren die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands durch zwei Delegierte zum ersten Male auf einer großen internationalen Tagung des Proletariats vertreten. Die schwachen Ansätze zu ihrer Organisation rangen damals noch mit allen Fährlichkeiten des Sozialistengesetzes und anderen Schwierigkeiten um Licht und Wärme für die Weiterentwicklung. Dank der Erfolge des Frauentags und der roten Woche dürfte die Zahl der organisierten Parteigenossinnen heuer nahe an die 200 000 herankommen. Seit Jahren sitzt eine Frau im Parteivorstand, eine andere gehört der Kontrollkommission an; soweit es die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts nicht verwehrt, sind Genossinnen Mitglieder in allen Arbeitskörperschaften, allen leitenden Instanzen der Sozialdemokratie. Im Sommer wird die dritte Internationale Sozialistische Frauenkonferenz stattfinden, und die Initiative zu diesen Tagungen ist von den deutschen Genossinnen ausgegangen. Auch für diese stattliche Entwicklung sind die 25 Jahre Maiseier bedeutsam gewesen. Von der internationalen Manifestation aus sind Ströme der Erkenntnis und Begeisterung unter das weibliche Proletariat gedrungen.

Unsere Genossinnen werden freudig ihre ganze Energie daransetzen, daß die diesjährige Maiseier weitere Scharen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen erfasst, daß sie sich als eine glänzende Heerschar der proletarischen Befreiungskämpfer erweist, die sich zum Umsturz der bürgerlichen Ordnung sammeln. Nicht abrüsten ist unsere Losung für die Maiseier, sondern gewaltiger rüsten. All das Gute, das wir in diesen Tagen über die proletarische Massenfundgebung des ersten Mai lesen, darf nicht zu einer ehrenvollen Grabinschrift werden. Von der Maiseier soll es nicht heißen: sie war, sondern: sie ist.

## Gegen den staatlichen Gebärzwang.

Rede der Genossin Sieg auf der Berliner Protestversammlung vom 3. März gegen das von den bürgerlichen Parteien geforderte gesetzliche Verbot des Verkaufs antikonzeptioneller Mittel.

(Schluß.)

Die Geschichte hat uns gelehrt, daß nicht nur stets für jeden gesellschaftlichen Typus das Bevölkerungsgesetz ein anderes war, sondern auch, daß neben den natürlichen Verhältnissen überall die Ökonomie, die Technik und die Sitte es beeinflussten und beherrschten. Soweit jetzt die Arbeiterklasse in Betracht kommt, möchte ich die in Frage kommenden besonderen Einflüsse in zwei Kategorien teilen: die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus, die äußeren Lebensnöte und der kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse, durch den die inneren Lebensnöte fühlbarer und drückender werden. Zu den ersteren rechne ich: die relativ niederen Löhne der Arbeiter; die hohen Lebensmittelpreise, in Deutschland enorm gesteigert durch Zoll- und Steuerpolitik; hohe Wohnmieten als Folge des Grund- und Bodenwuchers, die zum Wohnen in engen, licht- und luftarmen Räumen zwingen, in denen die Kinder verkommen und als große Last empfunden werden; die Unsicherheit der Existenz, lange Arbeitslosigkeit, Kinderarbeit und Steigerung der Frauenerwerbsarbeit. Namentlich die Frauenerwerbsarbeit schafft physiologische und psychologische Ursachen des Geburtenrückgangs: die lange Arbeitszeit, die ungesunde Art und Methode der Arbeit, die Einwirkung gewerblicher Gifte auf den Organismus verdammt viele Frauen zur Unfruchtbarkeit, verursacht viele Früh- und Totgeburten. Daneben stimmt die Loderung des Familienlebens, die es der Frau schwer, oft unmöglich macht, im innigen Verhältnis zu ihren Kindern zu bleiben, sicherlich nicht gebärfreudiger. Zu der gleichen Richtung wirkt die Not, die sie selbst zur Unterernährung zwingt, die bedingt, daß das Kind im Mutterleib hungern muß, daß sie den Säugling nicht genügend pflegen und entsprechend nähren kann, daß sie die schulpflichtigen Kinder unterernährt, oft ohne Frühstück und nächtlich in die Schule schicken muß. Und wenn dann der kulturelle Aufstieg ihrer Klasse die Sehnsucht nach Bildung, nach einem reicheren geistigen Besitz in ihr weckt; das steigende Schönheits- und Kunstbedürfnis auch sie erfasst; der lebhafteste Wunsch, den Kindern eine bessere Bildungsmöglichkeit zu erschließen, sie nicht mehr verläßt, wenn trotz der Ungunst der Verhältnisse das heiße Verlangen nach mehr Lebensfreude und einem reicheren Lebensinhalt noch nicht gemordet wurde: so mag das alles vom preussischen Polizeiminister Dallwitz als Genuß- und Vergnügungssucht geschmäht und von den Angehörigen der herrschenden Klassen als verdammenswerte Begehrlichkeit verunglimpft werden; wir sehen darin Zeichen erwachter Menschenwürde und fortschreitender Kultur, und wir verstehen es, daß die Sehnsucht nach reichem „Kinderfegen“ nicht aufkommen kann, wenn die Erfüllung solcher Wünsche unerfüllt bleibt, ja mehr noch, die Fristung der nackten Existenz immer schwerer wird. Wie traurig es um die Ernährung der Arbeiterkinder bestellt ist, das künden uns die Ergebnisse der Körperuntersuchungen der Schulkinder durch die Schulärzte, das wird erhärtet durch die Erhebungen des Vereins für Volkswohlfahrt, durch die

Feststellungen der Direktoren in Berliner Schulen, durch eine Reihe von Monographien über Ernährungsverhältnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen und anderes.

Just jene Frauen, die jubelnd dem prächtigen Nießschwört zustimmen, das da sagt: „Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinaus! Dazu helfe dir der Garten der Ehe... Ehe heiße ich den Willen zu zweien, das eine zu schaffen, das mehr ist als die es schufen!“ just jene Frauen werden, erfüllt von einem sozialen Verantwortlichkeitsgefühl und von liebevoller Voraussicht für das ungeborene Kind, leicht zurückschrecken, wieder und wieder Kinder zu gebären, für die sie kein Brot, keine Zeit zur Pflege und zur Erziehung haben. Und dazu schreckt noch ein weiteres: die fürchterliche Verschwendung von Frauenkraft, solange infolge der ungünstigen sozialen Verhältnisse die Säuglingssterblichkeit eine so grauenvoll hohe ist.

1905 starben . . .	407996 = 20,5 Prozent Säuglinge
1908 " . . .	859022 = 17,8 " "
1910 " . . .	311462 = 16,10 " "
1911 " . . .	359522 = 19,2 " "

Die überwiegende Mehrzahl dieser Todesfälle kommt auf die Arbeiterkreise. In Halle wurde 1907 durch eine städtische Erhebung festgestellt, daß von 100 Säuglingen 4,3 starben, wenn der Vater höherer Beamter, 24,1, wenn der Vater ungelerner Arbeiter war. In Berlin betrug die Säuglingssterblichkeit:

In Weihensee . . . . .	81,91 Prozent
" Britz . . . . .	29,84 "
" Lichtenberg . . . . .	25,11 "
Im westlichen Villenbiertel Dahlem . . . . .	6,67 "

Es ist gewiß ein ungeheurer Mißbrauch der Frauenkraft, wenn in manchen Familien 10, 12 und mehr Kinder geboren werden, von denen 2 bis 3 am Leben bleiben. Kraft, Gesundheit und Lebensmit haben diese Frauen, die zum Gebärapparat herabgedrückt sind, drangegeben. Große finanzielle Opfer sind bei der Geburt und beim Begräbnis gebracht, die für unsere wirtschaftliche und kulturelle Aufwärtsentwicklung völlig verloren gehen. Energie und Willensstärke, die für Schwangerschaft und Geburt von Todeskandidaten verbraucht wurden, hätten nutzbar gemacht werden können für ihre geistige Weiterentwicklung und für die Betätigung in unserem Befreiungskampf.

Dazu die erschreckend hohe Ziffer der durch die soziale Ungunst Verkrüppelten: 90 000 schulpflichtige Krüppel sind 1909 in Deutschland gezählt worden. Ferner die traurige Tatsache, die uns der preussische Medizinalbericht von 1909 meldet, daß in Preußen 128 822 Entbindungen ohne Hebamme oder ärztliche Hilfe erfolgten. Kein Wunder, daß Tausende infolge der Mutterschaft krank und siech bleiben. Dazu die fürchterlichen Opfer, die das Kindbettfieber dahinträgt. In den Orten mit 10 000 Einwohnern und mehr sind in den Jahren von 1897 bis 1901 jährlich durchschnittlich 822 Frauen am Kindbettfieber gestorben, in den Jahren von 1902 bis 1907 dagegen 1132, 1908: 1213, 1910: 2879, und das, trotzdem man den Erreger des Kindbettfiebers, die Kettenfokken, längst kennt und weiß, daß peinliche Sauberkeit und eine säunismwidrige Behandlung ihn unschädlich macht. Eine Bevölkerungspolitik, die auf Menschenökonomie basiert, die vorhandenes Menschenmaterial zu erhalten sucht, wäre also dringend vonnöten.

Als es sich aber bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung darum handelte, diesen traurigen Erscheinungen durch eine durchgreifende Fürsorge für Mutter und Kind entgegenzuwirken, da haben die bürgerlichen Parteien geschlossen alles niedergestimmt, was an Reformanträgen von der Sozialdemokratie eingebracht und mit einer Fülle von Tatsachen begründet worden ist. Die Brutalität kapitalistischer Interessenvertretung und das Fehlen jeder Rücksichtnahme auf das lebendige Menschentum der Besitzlosen ist selten greller beleuchtet worden, als durch die Behandlung der Forderungen der Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Der Grausamkeit jener, die auf den Höhen des Lebens in der Sonne wandeln und doch den geringen Schutz verweigern, der die Mutterschaft Hunderttausender um ein wenig vor den zermalmenden Einflüssen des Kapitalismus bewahren sollte, reiht sich würdig die Brutalität und Schamlosigkeit der Väter des jetzigen Antrags an. Nachdem also durch Bremsen der Sozialgesetzgebung, durch Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, durch eine unerträglich gewordene Verteuerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise, durch die fortgesetzten Angriffe auf unser Koalitionsrecht, durch Vermehrung der staatlichen Lasten das Los der Arbeitenden schwer und schwerer geworden, die Freude am Kinde vergiftet ist, jammern die Herrschenden über die abnehmende Elternfreudigkeit in Arbeiterkreisen und möchten sie ihnen durch den Büttel wieder einbleuen. Ein verheßtes Beginnen! Polizei und Strafrichter sind hier machtlos. Helfen können lediglich soziale Reformen.

Wir haben diese Reformen, die wir als Minimum heischen, um durch Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse den Geburtenrückgang und die Säuglingssterblichkeit einzudämmen, in der Ihnen vorliegenden Resolution zusammengefaßt und bitten um Ihre Zustimmung. Wir sind uns wohl bewußt, daß damit noch keineswegs für alle Mütter die Möglichkeit einer beglückenden Mutterschaft geschaffen ist, soweit diese von äußeren Einwirkungen abhängt. Ein solcher Zustand kann erst geschaffen werden durch die Sozialisierung der Gesellschaft, die erst die volle Wertung des Menschenlebens und die menschliche Solidarität in höchster Entwicklung bringen wird. Jedoch viele Erleichterungen für die sozial ungünstig Gestellten würden unsere sozialen Reformen bringen. Stellen wir also einander gegenüber: hier unser schönes großes Reformprogramm, dort die entwürdigenden und empörenden Zwangsmahnahmen. Zum stärksten Protest gegen die letzteren muß sich der Kampf um unsere Forderungen gesellen. Nieder mit dem Gebärzwang, her mit Reformen und Staatsbürgerrechten! Das sei unsere Kampfesparole.

## Proletarierinnen heraus!

Die Maitage ist vor allem unser Tag, der Tag der Arbeiterinnen und der Arbeiterfrauen. Das sagen uns alle Gegenwartsforderungen, für die das Arbeitsvolk am ersten Mai in allen Ländern demonstriert. Es ist ein Stück Leben des Leibes und der Seele, das wir mit den geistlichen Reformen für uns, unsere Kinder, für alle unsere Lieben von dem menschenverzehrenden Kapitalismus zurückverlangen.

Wir wollen einen durchgreifenden gesetzlichen Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz, dessen Eckstein der Achtstundentag sein muß. Die erwerbstätigen Mädchen und Frauen in Fabriken, Verkaufsläden, Kontoren, Bureaus, bei der Heimarbeit und auf dem Felde sollen ihres Daseins froh werden. Ein Ziel sei der Macht der ausbeutenden Herren gesetzt, die aus der Mühsal ihrer Lohnflavinnen blinkendes Gold münzen. Die Arbeiterinnen und Angestellten bedürfen der Ausspannung und Erholung, auf daß ihre Kräfte nicht vor der Zeit siechen und welken und Schwäche und Kränklichkeit das Erbteil des Nachwuchses sei. Sie haben ein Anrecht auf Ruhe, denn ihre Seele dürstet nach Wissen und Schönheit. Die Mütter wollen ihren Kindern leben, und dem heranwachsenden Geschlecht junger Proletarierinnen muß die gesunde Fruchtbarkeit des Mutterschoßes erhalten bleiben. Drückt auf die Lohnflavin — wenigstens soweit sie verheiratet ist — nicht noch die Bürde der häuslichen Verrichtungen und Pflichten? So hart ist das Los der werktätigen Frauen im Volke, daß sich die Natur verkehrt, daß sie vor dem Segen der Mutterschaft zittern müssen, ja, daß sie ihm fluchen. Die entlastete Mutter muß bei Betreuung und Erziehung der Kinder einen Helfer im Vater zur Seite haben, der vom Kapitalisten nicht wie eine Zitrone ausgepreßt werden darf. Und wird dem arbeitenden Volke vielleicht auf dem Präsentierteller entgegen-

gebracht, was es begehrt, um leben, menschenwürdig leben zu können und eines Tages ins Licht der Freiheit emporzufliegen? Mit nichts! Es heißt gegen die Selbstsucht und Macht der Reichen und Sehrreichen kämpfen. Deshalb muß Frauen wie Männern die Zeit, Frische und Energie bleiben, um sich auf sich selbst zu besinnen, um sich mit Wissen für diesen Kampf zu rüsten, um den Willen für ihn zu stählen.

Wir wollen eine großzügige soziale Versicherungsgesetzgebung und soziale Einrichtungen, die den fürsorgebedürftigen Gliedern der Gesellschaft als Recht gewähren, was ihnen not tut. Die Arbeit des Menschen ist märchenhaft fruchtbar geworden. Sie erzeugt genug, ja übergenug, daß keiner zu darben braucht, der vorübergehend oder auch dauernd erwerbsunfähig ist. Den kranken Proletariern muß sachgemäße und liebevolle Behandlung und Abmattung zuteil werden. Die Invaliden und Alten dürfen nicht gleich Armenhäuslern dem Grabe zuwanfen. Es gilt zu verhindern, daß die Arbeitslosen zu Almosenempfängern und Lohndrücker herabsinken. Der blutigen Verhöhnung der Witwen und Waisen durch Bettelpennige der Unterstützung ist ein Ende zu machen. Das Weib, das sich Mutter fühlt, soll seiner schweren Stunde ruhig entgegensehen können. Schwangere, Wöchnerinnen und Säuglinge müssen alle erforderliche und mögliche Fürsorge finden. Die Gesellschaft hat bei der Pflege und Erziehung der Kinder in jeder Beziehung das Werk der Familie planmäßig zu ergänzen. Nicht Utopien ist es, in dem diese Forderungen und solche ähnlicher Art nur verwirklicht werden können. Es ist möglich, sie heute durchzuführen, wenn die ausbeutenden Besitzenden einen bescheidenen Teil von ihrem „rechtmäßigen“ Raube an den Früchten der Arbeit fahren lassen. Und auf einem müssen wir dabei bestehen. Was auf diesem Gebiet geschaffen ist und geschaffen wird, das müssen die großjährigen Männer und Frauen des werktätigen Volkes selbst leiten und verwalten. Daß sie die Fähigkeit dafür besitzen, haben sie in ihren Organisationen, haben sie in Parlamenten, in Gemeindeverwaltungen und anderen öffentlichen Körperschaften durch Arbeit und Kampf bewiesen. Einrichtungen, die ihre Arbeit möglich macht, Einrichtungen, die ihren Interessen dienen, gehören in ihre Hand.

Wir sagen: Halt der verderbenschwangeren Rüstungstollheit, dem frevelhaften Völkermord. Das Gut der Schaffenden soll Werken der Kultur, des Friedens dienen. Es darf nicht den Reichtum der Kanonenkönige und der junkerlichen Pferdezüchter anschwellen machen. Es soll nicht auf Manöverfeldern und blutigen Schlachtfeldern verpulvert werden. Es dünkt uns ein Verbrechen, daß unsere Söhne — die Söhne von Müttern in anderen Ländern — ihre Brüder abschlachten sollen, um den Kapitalistenklassen die Profite zu erhöhen und ihre Herrschaftsgewalt auszudehnen und zu verewigen. Wir schauern bei dem Gedanken, daß ein Befehl sie zu Streikbrechern, zu Mördern von Männern und Frauen machen kann, die im Vaterland für das Recht, die Freiheit der Arbeit kämpfen. In leidenschaftlichem Verlangen nach vollem schönem Menschentum strecken wir den ausgebeuteten Männern und Frauen jenseits der Grenzen unsere Hände entgegen. Wir wissen, sie sind trotz anderer Sprache, Farbe oder Rasse Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut. Wir rufen sie zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind: das ausbeutende Kapital. Und die große Sehnsucht unseres Lebens ist, daß unsere Söhne in dem gewaltigen Ringen zur Niederzwingung dieses Feindes Soldaten der Revolution seien, Wegbereiter der Menschheitsbefreiung.

Erscheinungen über Erscheinungen künden bei der diesjährigen Maiseier den Proletarierinnen, wie unabweisbar es ist, daß sie mit der höchsten Energie den Kampf führen für Reformen, die die Kette ihrer Knechtschaft lockern, für den Sozialismus, der ihr Menschentum befreit. Seit langen Monaten schafft der stocende Handel und Wandel Arbeitslose, die als Brotlose von Betrieb zu Betrieb hegen, als Obdachlose die Asyl füllen, als Heimatlose durch das Land streichen. Die Feuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse ist ein dau-

ernder Zustand geworden. In Arbeiterinnenstübchen und Proletarierfamilien, wo sonst geklagt werden mußte, ist der Hunger ein ständiger Gast. Trotz alledem ist die Abgabebürde der werktätigen Massen erheblich erschwert worden, damit neue ungeheuerliche Rüstungen den Profit und die Macht der Ausbeutenden mehren konnten. Und schon sind die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer in inniger Seelenverwandtschaft daran, die bedorfte Erneuerung von Handelsverträgen dazu zu mißbrauchen, die Zollschraube noch fester anzudrehen. Was kümmert sie die Sorge, die Qual von Millionen? Hohe Hölle und gesteigerte Preise füllen ja den Besitzenden denbeutel. Mit den Scharfmacherverbänden sorgen Regierungen, Richter und Polizeier um die Wette dafür, daß die Frondenden sich nicht einfallen lassen sollen, auch ihrerseits mit dem Preis ihrer Ware, ihrer einzigen Ware aufzuschlagen: mit dem Lohne der Arbeitskraft. Davon reden uns allzu deutlich die Taten des Unternehmerterrorismus, die Bluturteile über Streikende, die milden Richtersprüche für arbeitswillige Mordbuben, die Büttelmaßregeln gegen die Gewerkschaften und noch viele andere Dinge. Die Reform des Strafgesetzbuchs aber soll zusammen mit strengster Verwaltungspraxis den Dienst eines Ausnahmegesetzes leisten und das blühende Leben der Organisationen würgen, den kämpfenden Proletariern in den Arm fallen. In Zabern hat der Militarismus, in Frankfurt hat die Juristerei durch das Urteil gegen Genossin Luxemburg das bürgerliche Recht unter die Füße getreten. Die bürgerliche Mehrheit hat die Macht des Parlaments vor dem Militarismus wie dem Absolutismus kuscheln lassen. Über die bedrohte Koalitionsfreiheit hinaus eröffnet sich die Perspektive auf den berühmten Leutnant mit den zehn Mann, deren Aufstampfen den Staatsstreich einleiten soll. Eine freundliche Täuschung der Arbeiterinnen und Arbeiter über die Ausfichten auf Rechte und Reformen ist unmöglich. Kämpfend nur können die Proletarierinnen vorwärts drängen, der Befreiung entgegen. Die Maiseier ruft sie zu diesem Kampfe. Und welche Befreiung des Mutes, der Hingabe, des Vertrauens! Die Maiseier läßt in allen Ländern Männer und Frauen zum Ringen für die gleichen Rechts- und Reformforderungen, für das gleiche erhabene Endziel zusammenströmen. Die Sache der Proletarierinnen ist die Sache dieser Millionen, aber an die Sache dieser Millionen müssen auch die Proletarierinnen ihr Herzblut setzen. Die Sklaven unserer Zeit zählen sich am ersten Mai, um die Abrechnung vorzubereiten mit allem, was sie in dumpfer Niedrigkeit hält. Sie fordern ihren Platz an der Sonne. Proletarierinnen, heraus!

### Die Massenerkrankungen der Petersburger Arbeiterinnen und die Bewegung des russischen Proletariats.

Die Tragödie des Petersburger Proletariats steigert sich von Akt zu Akt. Die Massenerkrankungen der Arbeiterinnen beschränken sich schon nicht mehr auf die Betriebe der Gummiindustrie. Sie greifen auf andere Industriezweige über, wo niedrige Löhne und schlechte sanitäre Bedingungen einen geeigneten Boden dafür schaffen. In der Tabakindustrie, in den Webereien, den Spinnereien, in den engen, mangelhaft durchlüfteten Werkstätten der Schneidereien — allüberall brechen täglich Hunderte von Arbeiterinnen bewußlos über ihrer Beschäftigung zusammen. Von der arbeiterfeindlichen Presse und selbst von der Tribüne der Duma herab wurden alsbald die verlogenen Gerüchte ausgesprochen. Es hieß da, die Arbeiterinnen seien die Opfer einer „chemischen Obstruktion“ geworden, das Ganze sei nichts anderes als ein agitatorischer Trick. Um die Verantwortung für die Vergiftungen von den Unternehmern abzuschleiben, wollten andere die Krankheitserscheinungen auf die schlechte Ernährung der Arbeiterinnen während der Fastenzeit zurückführen, insbesondere auf den Genuß saurer Fische.

Aber alle diese Verdrehungen und Ausflüchte halfen nichts. Die Kommission zur Feststellung der Erkrankungsursachen hat ihnen ein schnelles Ende bereitet. Diese Kommission war lediglich aus Regierungsvertretern, Fabrikinspektoren und Professoren zusammengesetzt. Kein einziger Vertreter der Arbeiterschaft darunter. Es wird also niemand der Kommission besondere Arbeiterfreundlichkeit vorwerfen können. Gleichwohl hat sie zugegeben, hat sie zugeben müssen: Die Erkrankungen der Arbeiterinnen in der Gummiindustrie sind in den meisten Fällen auf das Einatmen des Benzins zurückzuführen. Was die massenhaften Erkrankungen der Arbeiterinnen in anderen Betrieben anbetrifft, so erklärt die Kommission sie zum Teil als Folgen der nicht „absolut allen gesetzlichen Anforderungen entsprechenden sanitären Bedingungen der Arbeitswerkstätten“. Dieser vorsichtige, ängstlich verhüllte Ausdruck spricht Bände. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle sucht die Kommission die Erkrankungen als Ausfluß einer Massenpsychose und Hysterie darzustellen. Doch sogar hinter dieser Erklärung taucht eine fürchterliche Anklage wider das russische Unternehmertum auf. Denn es ist doch klar, daß ohne gewisse Voraussetzungen eine derartige Massenpsychose gar nicht auszutreten vermag. Aber gerade über diese Voraussetzungen gehen die behutsamen Männer der Wissenschaft mit Stillschweigen hinweg. Mit Recht sagt daher das Arbeiterblatt „Weg der Wahrheit“: „Jeder einfache Arbeiter hätte — wäre er zu der Kommission zugelassen worden — mit ziffernmäßigen Angaben über die Länge des Arbeitstages, die Höhe der Löhne, mit genauen Feststellungen über die Zustände in den Betrieben, die von der Massenpsychose ergriffen sind, die Herren Gelehrten von der Kommission darüber aufklären können, wo die Ursachen dieser Erscheinung zu suchen und zu finden sind.“

Namentlich in der Tabakindustrie ist die Massenpsychose eine leicht erklärliche Erscheinung. Außert sich doch die Vergiftung durch die Ausdünstungen der Tabakblätter besonders häufig in nervösen Erkrankungen. Von 847 ärztlich untersuchten Tabakarbeitern zeigte ein volles Drittel ein nervöses Zittern, und 40 Prozent von ihnen litten an Störungen der Herzstätigkeit. Erhebungen in der Moskauer Tabakindustrie haben festgestellt, daß nicht weniger als 80 Prozent der Betriebe ungenügende sanitäre Arbeitsbedingungen haben. Der gesundheitschädigende Einfluß der Tabakindustrie gibt sich ferner auch kund in der außerordentlich hohen Zahl der Fehlgeburten der Tabakarbeiterinnen und in der hohen Sterblichkeit der Kinder dieser Proletarier in den ersten Lebensmonaten. Die Hälfte der Säuglinge geht zugrunde! Aber auch die Arbeiterinnen in den anderen Berufsgruppen, in denen „Hysterie“ aufgetreten ist, könnten ein Lied von den Ursachen dieser Erscheinung singen.

Das Unternehmertum ist in heller Angst und Wut, die Massenerkrankungen könnten noch weiter um sich greifen und noch mehr als bisher den zarten Schleier heben, der über der schamlosen Ausbeutung der Arbeiterinnen gebreitet lag. Der Verband der Petersburger Industriellen hat deshalb beschlossen, ein Exempel zu statuieren. Ein Exempel, das der Arbeiterschaft gründlich und ein für allemal die Lust am Krankwerden und den verbrecherischen Gang zur Hysterie austreiben soll. Der genannte Verband hat die Aussperrung über die Betriebe verhängt, die von den Massenerkrankungen der Arbeiter betroffen sind. Mehr als 70000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind aufs Pflaster geworfen. Sie müssen hungern; die den ausschließenden Betrieben angegliederten Konsumläden gewähren bereits den Arbeitern keinen Kredit mehr. Aber auch die Regierung ist nicht müßig. Während das in seinem Ausbeutungsgeschäft geförte Kapital die Hungerpeitsche über den Arbeitern schwingt, öffnet die Regierung ihnen die Tore des — Gefängnisses, die sich in diesen Tagen des bitteren Elends und der gesteigerten Erregung gar nicht wieder schließen wollen. Anlaß zu Verhaftungen en gros ist für die Polizei reichlich vorhanden. Im Zusammenhang mit den Massenvergiftungen und Massenausperrungen finden täglich Demonstrationen in den Straßen Petersburgs statt. Das steigert Angst und Haß der Ausbeutenden und Regierenden.

Sie alle müssen jetzt daran glauben: die Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände, die Delegierten der Krankenkassen, die Mitglieder der Arbeiterbildungsausschüsse. Hinter Schloß undiegel sitzen so ziemlich alle, die sich durch das ihnen von den Arbeiterorganisationen geschenkte Vertrauen mißliebig gemacht haben.

Natürlich tragen weder diese Maßnahmen der Regierung noch die Racheakte der Unternehmer das geringste zur Beruhigung der Gemüter und zur Beseitigung der Massenerkrankungen bei. Im Gegenteil! Zugleich mit der Not schwillt die Flut der revolutionären Stimmung an. Die Massen erwachen. In zahlreichen Fabriken haben die Arbeiter und Arbeiterinnen die Ankündigung der Aussperrung mit dem Absingen der Marseillaise beantwortet. Singend sind sie auf die Straßen gezogen. Täglich kommt es in der Residenz des Zaren zu improvisierten Straßenmeetings. In diesen Punkten der Stadt lassen die demonstrierenden Arbeiter rote Fahnen wehen. Zusammenstöße mit der Polizei stehen auf der Tagesordnung. Arbeiterausschüsse der Betriebe, wo die Bohrenklaven ausgesperrt sind, haben sich an die sozialdemokratische Dumafraktion gewendet. Sie soll die Regierung wegen der ungesetzlichen Aussperrung interpellieren. Dementisprechend haben auch die sozialdemokratischen Abgeordneten sofort, auf Grund des ihnen von den Arbeitern gelieferten Materials, eine Interpellation über den letzten Gewaltstreik der Unternehmer im Parlament eingebracht. Doch die Arbeiter machen sich nicht die geringsten Illusionen über das Ergebnis dieses Vorstoßes. Sie wissen es längst aus Erfahrung, daß alle solche parlamentarischen Versuche im Sande des absolutistischen Regimes verlaufen werden. Diese Erkenntnis von der gänzlichen Fruchtlosigkeit der gesetzlichen Mittel drängt sie immer wieder auf den „ungesetzlichen“ Weg, auf die Straße — auf den Weg der Revolution! Dort, auf der Straße ertönt weisend die Forderung der Arbeiter an die Regierung, zur Feststellung der Ursachen jener Massenerkrankungen eine Kommission einzusetzen, der Arbeitervertreter angehören müssen. Weiter die zweite Forderung, eine andere Kommission noch zu bilden, die unter der Kontrolle von Arbeitern steht und die Aufgabe hat, Erhebungen über die sanitären und wirtschaftlichen Arbeitsbedingungen anzustellen. Aber gleichzeitig klingt über alle einzelnen Forderungen hinaus, immer eindringlicher, immer mächtiger der gewaltige Ruf des russischen Proletariats durch die Straßen der Hauptstadt: „Nieder mit dem Zarismus! Nieder mit dem Kapital! Es lebe die Revolution!“

E. Tenenbaum.

## Eine Frauenzeitung im Jahre 1848.

Das Revolutionsjahr 1848 brachte in Köln, dem damaligen Mittelpunkt des politischen Lebens im Westen, eine große Anzahl von Zeitungen auf. Abgesehen von der „Neuen Rheinischen Zeitung“, diesem im großen Stile gehaltenen Organ der rheinischen Demokratie, das durch Marx zum ersten sozialdemokratischen Blatt wurde, gab es dort die „Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten“, herausgegeben von den ehemaligen Artillerieleutnants Anneke und Weinst, weiter die „Zeitung des Arbeitervereins“, den „Wächter am Rhein“, die beiden Konkurrenzblätter „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit“ und „Freiheit, Arbeit“, sodann die „Arbeit, politisch-sozialistische Zeitung der Arbeiter und Arbeitgeber“, endlich den „Verfolger der Bosheit“. Jede dieser kleineren Zeitungen diente nach dem Maße ihrer finanziellen und geistigen Kräfte der Sache der Demokratie und einem Sozialismus, der mehr oder minder unklar war und jedenfalls sehr verschieden aufgefaßt wurde. Keines dieser Blätter hat das Jahr 1849 überdauert, sie verschwanden mit der revolutionären Bewegung, wie sie mit ihr gekommen waren. Zeitweise wurde ein Teil von ihnen schon im Herbst 1848 unterdrückt. Im September 1848 benutzte die Kommandantur in Köln einen vom Militär veranlaßten Straßen

— er verlief trotz der dabei aufgeführten Barrikaden höchst harmlos —, um den Belagerungszustand über die Stadt zu verhängen, die Bürgerwehr aufzulösen, alle Vereine zu politischen und sozialen Zwecken aufzuheben, alle Versammlungen zu verbieten und ebenso das Erscheinen der „Neuen Rheinischen Zeitung“, der „Neuen Kölnischen Zeitung“, der „Zeitung des Arbeitervereins“ und des „Wächters am Rhein“. Zugleich wurden einige der demokratischen Führer verhaftet, darunter Friedrich Anneke.

Am 26. September war die Verhängung des Belagerungszustandes und das Verbot der Zeitungen erfolgt, am 27. September erschien im bisherigen Verlag und genau im Format der „Neuen Kölnischen Zeitung“ ein neues Blatt, die „Frauenzeitung“, als deren Herausgeberin Mathilde Franziska Anneke zeichnete, Friedrich Annekes tapferes Weib. Sie kündete in der ersten Nummer das Verbot der „Neuen Kölnischen Zeitung“ und als Ersatz dafür das Erscheinen der „Frauenzeitung“ an. Am Schlusse der Ankündigung hieß es: „Begnügt euch mit ihr (der „Frauenzeitung“), solange es geht. Ich prophezeie ihr auch kein langes Leben. Aber das schadet nichts. Trete ich wieder ab von dem öffentlichen Schauplatz, auf den mich die Not herausgefordert hat, in meinen stillen häuslichen Kreis, dann erstehet sicher wieder mit weit sicherer Kraft die „Neue Kölnische Zeitung“. Diese Prophezeiung sollte sich bewahrheiten. Der Sandstreich der Kölner Kommandantur rief in der preussischen Nationalversammlung heftige Debatten hervor, und die Regierung hielt es für ratsam, die Gewaltmaßregel rückgängig zu machen. Schon im Anfang Oktober konnten die unterdrückten Blätter wieder erscheinen, darunter auch die „Neue Kölnische Zeitung“, und die „Frauenzeitung“ trat, wie ihre Herausgeberin erklärt hatte, wieder vom Schauplatz ab.

Über die paar Nummern, die ihr kurzes Dasein bilden, läßt sich nicht viel sagen. Von den Frauen, ihren Interessen, ihren Forderungen und Wünschen ist darin kaum die Rede, war doch auch der Zweck des Blattes nicht, der Frauenfrage zu dienen, sondern über die Lücke im Erscheinen der „Neuen Kölnischen Zeitung“ hinwegzuhelfen. Immerhin findet sich in den paar Nummern der „Frauenzeitung“ mancher interessante Artikel, der auch für die Frauen, und zwar auch für die Frauen der Gegenwart Bedeutung hat. Ein solcher leitet die erste Nummer des Blattes ein; er handelt über eine Frage, die damals wie heute noch die Gemüter des Volkes bewegt, über „Kirche und Schule“. Der Artikel ist klar und frisch geschrieben, im munteren Plauderton, dabei in den Gründen sicher und schlagend. Den Lesern der „Gleichheit“ wird es lieb sein, wenn wir den Artikel vollständig wiedergeben, nur im letzten Absatz ist eine kleine nebensächliche Stelle gestrichen.

a. e.

### Kirche und Schule.

Vor vielen hundert Jahren waren die Geistlichen, besonders die Mönche in den Klöstern, die einzigen Menschen, welche lesen und schreiben konnten und von anderen gelehrten Sachen was verstanden. Wer dazumal also was lernen wollte, mußte bei den Geistlichen in die Schule gehen. 's gab auch in der Zeit keine anderen Schulen als in den Klöstern und keine anderen Lehrer als die Geistlichen. Mit der Zeit ist das Ding aber ganz anders geworden. Die ganze Welt wurde immer flüger und lernte immer mehr, die Mönche aber kamen mit ihrer Gelehrsamkeit nicht weiter, 's waren oft die dümmeren Teufel in so einem Kloster. Die Klöster hörten nach und nach auf, weil die Menschen immer mehr zu der Einsicht kamen, daß die Mönche und Nonnen doch eigentlich bloß müßiges Gefindel wären, die auf anderer Leute Kosten lebten. Deshalb wurden andere Schulen angelegt, besonders in den Städten. Die Geistlichen wollten sich aber wenigstens die Aufsicht über die Schulen nicht nehmen lassen, und die Bürger ließen sich das auch gefallen, daß die Geistlichkeit diese Aufsicht behielt, einestheils aus alter Gewohnheit, andernteils,

weil die Geistlichkeit ihnen vorredete, wenn sie nicht die Aufsicht behielten über die Schulen, so ginge das Seelenheil der Kinder zugrunde und die Kinder würden alle Teufelsbraten werden. So ist die Sache nun geblieben bis auf den heutigen Tag.

Alle aufgeklärten Menschen sind aber jetzt zu der Einsicht gekommen, daß die Schule von der Kirche getrennt werden muß, das heißt, daß die Geistlichkeit die Aufsicht über die Schulen nicht mehr länger behalten darf, weil's erstlich nicht ihre Sache ist, fürs zweite aber dem Unterricht viel Schaden tut. Daß es nicht ihre Sache ist, ist ganz klar. 's kommt mir gerade so vor, wenn die Geistlichen die Schulen beaufsichtigen wollen, als wenn ein Schuster eine Schneiderwerkstatt, oder als wenn ein Offizier die Kirche beaufsichtigen wollte. Nun sagen aber die Geistlichen: „Der Unterricht muß ein frommer, christlicher sein; die Herzen der Jugend müssen schon früh in der Furcht Gottes erzogen werden, und darum müssen wir die Aufsicht über die Schule führen.“ Das wollen wir doch mal sehen, ob das so wohl recht ist. Was lernen die Kinder in der Schule? Zuerst das A b c, dann Buchstabieren, dann Lesen, Schreiben, Rechnen usw. Gut. Gibt's denn aber ein frommes christliches A b c oder ein frommes, christliches Buchstabieren, Lesen, Schreiben und Rechnen? Gott bewahre, das ist für alle Menschen egal, ob sie nun Christen, Juden, Türken oder Heiden sind, wenn sie nur ein und dieselbe Sprache sprechen. Also damit können die Geistlichen nicht durchkommen. „Ja, Religionsunterricht, Beten, Messe hören“, werden sie sagen. Und ich sage euch: Da liegt eben der Hase im Pfeffer; das ist gerade das allergrößte Unglück für den ganzen Unterricht, daß die Kinder viel zu früh mit Dingen beheftigt werden, wo sie nichts davon verstehen und nichts verstehen können, daß sie komplett abgerichtet werden wie die Hunde, daß sie geradezu dumm und zu Lügnern und Heuchlern gemacht werden. Nu! nu! schimpft nur nicht auf mich und fallt nicht gleich über mich her und steinigt mich nicht, ihr Frommen alle, die ihr denkt, ich lästerte eure Religion und wollte sie in Gefahr bringen. Ihr seid doch alle Menschen, die Verstand zum Überlegen im Kopfe haben; also hört mich auch ruhig an und gebraucht euren Verstand, ja will euch alles beweisen. Ich schwärz euch nicht bloß was vor und sag euch: Ihr müßt mir's glauben; nein, ich such's euch alles klar zu machen und zu beweisen. Und wenn das in euren Verstand nicht paßt, dann braucht ihr's ja nicht anzunehmen, oder ihr könnt mit eurem Verstand gegen meinen ankommen, und dann können wir mal sehen, welcher oben drauf bleibt.

Also mal los. Ihr wißt doch, daß uns so vieles erzählt wird in der Religion, was kaum ein erwachsener Mensch begreifen kann, viel weniger ein Kind mit seinem schwachen Verstand. So 'n kleiner Kinderverstand aber, der muß gerade wie der Leib des Kindes viel sorgfältiger behandelt werden als der von erwachsenen Menschen. Erzählt man den Kindern nun was daher, das sie nicht begreifen können, dann werden sie entweder ganz verwirrt und dumm oder sie lassen's zu einem Ohr hereingehen und zum anderen wieder heraus und plappern's bloß mit der Zunge nach, wenn sie's mit Gewalt lernen müssen. Das ist aber ein schlimmes Ding, wenn der kleine Verstand so früh verwirrt gemacht wird, oder wenn man die Kinder ans bloße Nachplappern gewöhnt; da kann aus ihrem Verstand niemals viel werden. So 'n verworrener Verstand, der wird so leicht nicht wieder gerade, und wer nicht schon früh an ordentliches Nachdenken gewöhnt ist, der lernt's später sehr schwer. Was die Kinder nicht verstehen können und bloß so nachplappern müssen, das macht ihnen auch keine Freude; dabei haben sie Langeweile und werden nachlässig und unaufmerksam. Weil sie aber Prügel kriegen oder knien müssen oder sonst bestraft werden, wenn der Lehrer oder der Geistliche das sieht, so fangen sie schon früh an, ihm Wind vorzumachen, ihn zu belügen und zu betrügen. Das ist aber sehr schlimm; da wird der ganze Charakter verdorben, und wenn nicht gute Beispiele zu Hause oder späteres Nachdenken die Kinder wieder besser macht, werden Taugenichtse daraus.

Was es mit der Andacht und der Frömmigkeit der Kinder zu bedeuten hat, brauch ich wohl nicht groß erst zu erklären. Das ist gerade ebenso wie mit der Andacht von 'nem Papagei, wenn man dem Pudel 's Knien lehren wollt und dem Papagei ein Gebet sprechen. Seht doch nur die Kinder an bei 'ner Prozession oder in der Messe, wenn der Pastor oder der Schulmeister nicht grad' dabei steht und drauf acht gibt. Und dann frage ich euch alle, wenn ihr ganz ehrlich sein wollt: erinnert euch mal an eure Jugend und sagt mir aufrichtig, ob ich nicht recht hab'!

Ich sag' euch: es ist ein wahrer Spott, der mit der Religion getrieben wird, wenn man die kleinen Kinder so dazu abrichtet! Keinen Augenblick früher sollt' man den Menschen was davon erzählen, als bis sie Verstand genug haben, die Sache zu begreifen. Lehrt den Kindern erst die Welt kennen, und wenn sie anfangen, zu fragen nach Religion, alsdann gebt ihnen Antwort, aber nicht mehr, als sie verstehen können, und wenn sie weiter fragen, gebt ihnen immer mehr Antwort. Das ist die rechte Art!

Es ist aber noch ein anderer Mangel dabei, wenn die Kinder schon gar so früh auf Religion abgerichtet werden. Dieser Mangel ist, daß der unglückselige Zwiespalt und Haß zwischen den verschiedenen Religionen, zwischen Katholiken, Evangelischen, Lutherschen, Juden, Deutschkatholischen und wie sie alle heißen, schon in früher Jugend den Menschen eingeblutet wird und niemals ein Ende nimmt. Obgleich in 'ner großen Stadt so was gewöhnlich nicht so arg ist, weil die Menschen meist aufgeklärt sind, steht's doch in Köln damit noch so, daß sich hier gewiß keine deutschkatholische Gemeinde bilden könnte, ohne daß sich die Leute bei den Ohren kriegten, ohne daß es Prügelei und Mord und Totschlag gäb'. Das ist auch noch 'ne Ursache, warum man die Kinder nicht zu früh zur Religion abrichtet und besonders den Pfaffen nicht die Aufsicht über die Schulen lassen darf. Für alle Religionsarten darf es nur eine einzige Art Schulen geben, welche von der Gemeinde oder vom Staate unterhalten werden. Die Lehrer müssen verständige, brave, ordentliche und rechtschaffene Leute sein, ob Katholiken, Protestanten oder was sonst, das ist einerlei. Die Kinder sollen zuallererst was Ordentliches lernen und brave, rechtschaffene Menschen werden. Die Aufsicht über die Schulen muß ein besonderer Schulvorstand haben, den die Gemeinde wählt. Wenn's Zeit ist für die Kinder zum Religionsunterricht, dann können die Geistlichen, oder wie's die Eltern sonst haben wollen, solchen Unterricht geben.

Warum wollen denn nun aber auch wohl die Geistlichen mit aller Gewalt die Aufsicht über die Schulen behalten. Darum wollen sie die Aufsicht behalten, daß sie die Menschen dummalten können und die große Macht, die sie haben, nicht verlieren.

Die Pfaffen sind ein hochmütiges Volk, grad' wie die preussischen Beamten, und sie wollen die Menschen von der Wiege bis zum Grabe regieren und beherrschen, wie sie's von Ewigkeit her getan haben. Nicht alle sind sie so, aber die meisten. Seht sie euch nur recht genau an und lest es in ordentlichen Büchern nach, wie sie's in der Welt getrieben haben.

Die Abgeordneten in Berlin und in Frankfurt werden auf jeden Fall beschließen, daß die Schule von der Kirche getrennt werden soll, das heißt daß die Pfaffen nichts mehr damit zu schaffen haben sollen. Darüber sind sie jetzt in Todesangst und schicken Petitionen über Petitionen nach Berlin und Frankfurt gegen die Trennung der Schule von der Kirche. Die meisten Petitionen von dieser Art sind von den evangelischen Pfaffen in Sachsen und von den katholischen im Bistum Trier und im Bistum Osnabrück gemacht, besonders auf dem Lande, und die armen Bauern haben alle unterschreiben müssen. ... Ich rate euch, kauft niemals eine Raq' im Saß; seht euch alles erst ordentlich an und überlegt's mit gesundem Menschenverstand, auch wenn's von den Pfaffen kommt.

## Die Bedeutung des sozialdemokratischen Frauentags in Rußland.

Rußland, das „reaktionäre“, „rückständige“ Rußland, darf sich rühmen, daß ungeachtet aller Schwierigkeiten, ungeachtet der Verhaftungen und polizeilichen Schikanen der Frauentag zur gewaltigen Demonstration der Arbeiterklasse geworden ist. Das „reaktionäre, rückständige“ Rußland habe ich gesagt, aber diese Benennung trifft nur zu, soweit es sich um die Zarenregierung und ihren Anhang handelt; aber dann müßte man einige weitere Beiwörter hinzufügen, die sie noch besser und nachdrücklicher charakterisieren würden. Was die russische Arbeiterklasse anbetrifft, die Frauen einbegriffen, so ist sie der gerade Gegensatz von reaktionär und rückständig. Das hat auch der zweite russische Frauentag bewiesen. Es kann nicht mehr bestritten werden: die schlimmste Zeit der Depression, der Hoffnungslosigkeit ist überwunden, die nach der russischen Revolution 1908 und 1909 herrschte. Die revolutionäre Flut steigt wieder! Die Arbeiterbewegung Rußlands hat einen neuen, verheißungsreichen Aufschwung genommen. Die russische Revolution war nicht vergeblich. Sie hat den Lohnarbeitern und Lohnarbeiterinnen ein kostbares Erbe hinterlassen: das erwachende Klassenbewußtsein, den Drang zur Organisation, die Sehnsucht nach Freiheit. Keine Brutalitäten, keine Gefängnisse und Zuchthäuser können das neue Klassenbewußte Leben der Proletarier ersticken.

Schon im vorigen Jahre war der Frauentag in Rußland ein wichtiges politisches Ereignis. Aber die Stimmung, die in diesem Jahre herrschte, übertraf bei weitem, was 1918 sich gezeigt und gezeigt hat. Das Interesse für die Arbeiterinnenfrage, für die proletarische Frauenorganisation, für die Fragen der Mutterschaftsversicherung, des Kinder- und Arbeiterinnenschutzes ist riesig gewachsen. Die russischen Proletarierinnen erwachen, das beweisen die unzähligen Korrespondenzen, Aufrufe und Notizen in den beiden Parteizeitungen, die von Arbeiterinnen aus den verschiedensten Industriezweigen stammen. Auch die tätigen Genossinnen erklären, daß ihrer Arbeit die größte Begeisterung in jenen Arbeiterinnenschichten entgegengebracht wird, wo sie noch im vorigen Jahre nur mit Mühe und Not etwas Interesse für die Bewegung erwecken konnten. Die Stimmung des Erwachens, die gärende Unruhe unter den Arbeiterinnen hat durch den Frauentag und seine Vorbereitung neue Nahrung erhalten.

Mehr als einen Monat vor dem 8. März wurden die wichtigen Vorbereitungsarbeiten in Angriff genommen. Daß ihnen unbeschreibliche Schwierigkeiten im Wege standen, ist leicht zu verstehen. Der größte Teil der Arbeit muß noch immer in aller Heimlichkeit geleistet werden; sie geht vor sich, verfolgt von Polizeispitzeln, bedroht von Gerichtsverhören und Verhaftungen. Dabei darf man nicht wähen, daß schon die breiteren Frauenschichten des werktätigen Volkes für den Sozialismus gewonnen seien. Auch in Rußland sind die Frauen der Macht der Kirche untertan, werden sie vom Herrkommen und der Unwissenheit beherrscht. Die kapitalistische Ausbeutung stellt sich mit ihrem Gefolge unbeschreiblichen Glanzes der Aufklärungsarbeit entgegen. In den meisten Arbeiterfrauen muß das Klassenbewußtsein erst geweckt werden, es gilt, sie herauszubringen aus ihrer Gleichgültigkeit, sie zu erziehen zum Kampfe. In Rußland erfordert es doppelten und dreifachen Kräfteaufwand, die proletarischen Frauen für die Organisation zu gewinnen. Aber gerade wenn wir uns das Gesamtbild der russischen Verhältnisse vor Augen halten, können wir erst recht erklären: der Frauentag war ein unerwartet starker Erfolg, er ist von großer Bedeutung geworden.

Die Vorbereitung des Frauentags wurde von den Gewerkschaften und den Arbeiterbildungsvereinen in die Hand genommen, da dies die einzigen Arbeiterorganisationen sind, die in Rußland öffentlich bestehen. Bei der ersten Beratung beschloß man, am Frauentag besondere Zeitungsnummern herauszugeben und öffentliche Protestversammlungen abzuhalten, bei der zweiten sollte das Programm für die Kundgebungen am 8. März festgelegt werden. Leider machte sich die in der Partei bestehende Spaltung geltend. Die Richtung der Bolschewik beschloß, daß jede Parteifraktion für sich ihren eigenen Frauentag abhalten solle. Dieser Beschluß und seine Folgen riefen lebhafteste Proteste von Arbeiterinnen und vielen Arbeiterorganisationen hervor, wie die sozialdemokratische Zeitung „Sewernaja Rabotschaja Gazeta“ vom 18. bis 23. Februar russischen Stils beweist. Aber der Beschluß blieb bestehen. Selbstverständlich hatte dieser Zwiespalt ungünstig auf die Vorbereitungsarbeit eingewirkt, aber der revolutionäre Geist der russischen Proletarier war trotz alledem lebenskräftig genug, den Frauentag zu einer

großartigen politischen Kundgebung zu gestalten. Mit jedem Tag der Vorbereitungsarbeiten nahm das Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen an dem Frauentag zu. Die Bolschewik beschloßen, eine Arbeiterinnenzeitung zu gründen, deren erste Nummer am Frauentag erscheinen sollte. Die traurige Lage der russischen Arbeiterinnen wurde in vielen Artikeln der Parteipresse wieder und wieder beleuchtet. Durch Zahlen über die steigende Verwendung von Frauenträsten in der russischen Großindustrie zeigte man die Bedeutung der Arbeiterinnenbewegung. Wir greifen ein Beispiel heraus, das die Dringlichkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenorganisation erkennen läßt. Auf 100 Arbeiter kamen im Bezirk Moskau 75,2 Arbeiterinnen, Warschau 51,6, St. Petersburg 43,5, Charkow 21,1, Kiew 21,1 und Wolga 18,0 Arbeiterinnen.

Je näher der Frauentag rückte, desto lebhafter wurde die Stimmung. Ein Zufall wollte es, daß kurz vor dem 8. März ein Gesetzentwurf über die cherechtliche Lage der Frauen in der Duma zur Verhandlung gelangte. Eine glänzende Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten *S. K. K. L. e. f. f.* trug dazu bei, die sozialdemokratischen Forderungen zugunsten der Frauen in den Vordergrund zu stellen. Auch die Frauenrechtlerinnen wurden in den Strom der bewegten Stimmung hineingezogen und hielten eigene öffentliche Versammlungen ab, die ihnen ohne weiteres gestattet wurden. Plötzlich, als der schwierigste Teil der Vorbereitungsarbeit fast beendet war, griff die Polizeigewalt ein: die in St. Petersburg geplanten Versammlungen wurden mit einer Ausnahme verboten. Am Vorabend des Frauentags wurden drei von fünf Rednerinnen verhaftet, die in dieser einzigen Versammlung sprechen sollten. Weitere Verhaftungen erfolgten; nicht weniger als 30 unserer tätigsten Genossinnen wurden in das Gefängnis gesteckt. Aber der Wille der hoffnungsvoll erregten Proletarierinnen ließ sich nicht durch polizeiliche Schikanen einschüchtern. Als der leidenschaftlich erwartete Tag kam, stutete die Protestbewegung wie ein vom Sturmwind aufgewühltes Meer über das Land. Die beiden Nummern der Parteizeitungen in Petersburg, die dem Frauentag gewidmet waren und die Grüße ausländischer Genossen und Genossinnen enthielten, erschienen in hoher Auflage und waren im Nu vergriffen. Die „Gleichheit“ hat bereits in den beiden letzten Nummern darüber berichtet, wie erfolgreich die Frauentagsveranstaltungen in Petersburg, Moskau, Riga und vielen anderen Städten noch verlaufen sind, daß die Versammlungen und Zusammenkünfte vielfach zu eindrucksvollen Straßendemonstrationen wurden. Das Eingreifen der Polizei hat die Empörung nur gesteigert und wirksamer gemacht. Auch die Frauen erkennen nun deutlich, wie rechtlos sie sind, wie sie unter der Macht des Zarismus leiden, die sich auf die orthodoxe Kirche stützt und dem Kapitalismus dient. Gleichzeitig aber lernen die Männer der Arbeiterklasse einsehen, wie wichtig die Frau für den gemeinsamen Kampf ist.

Der Frauentag hat einzelnen tapferen Genossen und Genossinnen Schlimmes gebracht, aber der Arbeiterbewegung hat er außerordentlich genützt. Er hat gezeigt, daß sich das Klassenbewußtsein des russischen Proletariats im Eiltempo entwickelt. Noch vor fünf Jahren haben unsere Genossen jeden Versuch einer besonderen Arbeit unter den Frauen als bloße „Frauenrechtelei“ angesehen. Heute wird die Notwendigkeit einer Agitation unter den Arbeiterinnen allgemein anerkannt, und die erste Nummer einer Arbeiterinnenzeitung ist bereits erschienen. Das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung in Rußland gibt uns die Hoffnung, daß der schwere Kampf gegen den alten Feind der Freiheitsbestrebungen in Europa, gegen den zarischen Despotismus, siegreich zu Ende geführt werden wird. Der Erfolg des Frauentags im Reiche des Zaren beweist, daß den russischen Proletarierinnen in diesem Kampfe ein noch ehrenvollerer Platz gebührt, als ihnen bisher zugestanden wurde. *A. Kollontaj.*

## Aus der Bewegung.

### Genossinnen!

Sicherlich habt ihr alle jubelnd den überaus glänzenden Erfolg der „roten Woche“ begrüßt. Und doch können wir Frauen am wenigsten zufrieden sein. Von den 148105 neugewonnenen Parteimitgliedern sind nur 32298 Frauen. Absolut genommen, gewiß ein stattlicher Zuwachs, im Vergleich zu der Gesamtsumme der Neugewonnenen und angesichts des ungemein großen Rekrutierungsgebiets unter dem weiblichen Proletariat jedoch nur ein kleines Häuflein.

Freilich, kennt man all die Schwierigkeiten, die der Gewinnung der Frauen für die politische Tätigkeit entgegen-

stehen, berücksichtigt man, daß bei einer so allgemeinen Werbeaktion wie es die „rote Woche“ war, ganz naturgemäß das Schwergewicht der Agitation darauf gelegt wird, die Männer zu fassen, so erscheint das vorliegende Resultat begreiflich. Aus der Erkenntnis, daß die vollbrachte Werbearbeit die bisher indifferenten Männer viel schärfer gepackt hat als die proletarischen Frauen, erwächst für uns die dringende Pflicht, erneut und mit größtem Eifer an die Aufrüttelung und die Organisierung der indifferenten Proletarierinnen zu gehen.

Daneben darf natürlich die Schulung der Neugewonnenen und ihre Einreihung in unsere Arbeitsgemeinschaft nicht vernachlässigt werden. Um überall den tätigen Genossinnen die bisherigen praktischen Erfahrungen nutzbar zu machen und ihnen damit ihre schwere Arbeit möglichst zu erleichtern, haben wir als Heft 8 der „Sozialdemokratischen Frauenbibliothek“ die Broschüre herausgegeben: „Gewinnung und Schulung der Frau für die praktische Betätigung“. Ferner ist das kleine Broschürchen: „Bist du eine der Unfriedigen“ durchgesehen und mit den neuesten statistischen Zahlen ausgestattet neu aufgelegt worden. Diese Broschüren, desgleichen passende Agitationsflugblätter werden von dem Parteivorstand auf Antrag der in Frage kommenden Bezirksleitungen für finanzschwache Kreise umsonst abgegeben und für die Organisationen zu einem sehr mäßigen Preis.

Genossinnen, die ihr in den Vorständen sitzt, beantragt deshalb überall, daß ihr ungesäumt erneut mit einer intensiven Frauenagitation einsetzt, insbesondere mit einer sorgfältig vorbereiteten und gründlich durchzuführenden Hausagitation. Ruft des weiteren eure mittätigen Genossinnen auf, diese Arbeit mitauszuführen.

Der glänzende Allgemeinerfolg der „roten Woche“ hat überall die Arbeitsfreudigkeit und das Vertrauen in die eigene Kraft gestärkt und belebt. Dazu kommt, daß die vielen reaktionären Anschläge allernoen eine Kampfesfreudigkeit in unseren Reihen auslösen, die wir unbedingt für die Stärkung unserer Heeres, zur Kräftigung des in ihm lebendigen Geistes nutzen müssen. Der Weltfeiertag der Arbeit, der 1. Mai, dessen fünfundzwanzigjähriges Jubiläum wir dieser Tage feiern, wird überall die heilige Begeisterung schüren und zu tätiger Energie spornen. Die Stimmung, die er auslöst, wird unserer Werbearbeit überaus günstig sein.

Deshalb, Genossinnen, auf aus Werk! Der Erfolg wird eure Mühe sicherlich vollauf lohnen. *Luiße Biech.*

o o o

**Von der Agitation.** Die Unterzeichneter begann am 7. März eine längere Agitationsreise, die sie zunächst nach dem Bezirk Chemnitz-Döbeln führte. Die erste Versammlung fand in Reisknig statt. Trotz der allgemeinen großen Propaganda für die rote Woche hatte es doch der Arbeiterturnverein für angebracht gehalten, gerade an diesem Abend einen „Vergnügungsmarsch“ nach Röda zu unternehmen. Während die Versammlung begann, zog er mit Frauen und Mädchen, meistens Genossinnen, unter Musik von dem Versammlungslokal aus in die Weite. Es liegt auf der Hand, daß die von der Partei einberufene Frauenversammlung darunter litt. Es wäre gewiß ein Leichtes gewesen, das Zusammenfallen der beiden Veranstaltungen zu vermeiden. Wir würden die Sache nicht an die große Glocke hängen, wenn nicht oft genug in kleineren Orten die Frage zu hören wäre, daß die Arbeitervereine zu wenig Rücksicht auf die Parteiveranstaltungen nähmen. Ein Vortrag in dem kleinen *Siebenlehn* brachte guten Erfolg, dagegen ließ in dem Städtchen *Rosfen* der Besuch sehr zu wünschen übrig. Dort hat eine religiöse Sektenbewegung, die der Adventisten, stark eingesetzt, und auch Frauen von Genossen sollen von ihr erfasst worden sein. Es wäre eine dankbare Aufgabe, geschichtliche Aufklärung zum Verständnis der Religion in diese Gegend zu tragen wie überhaupt in das Erzgebirge. In der Chemnitzer Gegend, so wurde berichtet, sind 18 verschiedene Sekten aufgefunden. Die Gesundheitserei spielt dabei eine große Rolle. Die Unterzeichneter hatte verschiedentlich Gelegenheit, Gesundheitsereinerinnen von Ruf im Eisenbahncoupe kennen zu lernen. Sie bekam dabei den Eindruck, daß der Chemnitzer Bezirk in Sachen solchen Schwindels vielleicht sogar Berlin den Rang streitig machen könnte, nur daß es sich im Erzgebirge bedauerlicherweise um Volkskreise handelt, deren Unaufgeklärtheit die Täuschung, den Selbstbetrug ermöglicht, wäh-



tend es in der Reichshauptstadt die Reichen und Verbildeten sind, die ihm begeistert anhängen. Auch in Döbeln war die Versammlung schlecht besucht, die trefflichen Worte der Genossinnen Spindler und Schilling haben hoffentlich späteren Versammlungen gut vorgearbeitet. Eine helle Freude war es, die Genossen und Genossinnen in Geringswalde an der Arbeit zu sehen. Mehr als 50 Neuaufnahmen brachte der Vortragsabend.

Die weitere Agitation führte mich nach Schlesien. In Brieg wartete ein voller Saal der Rednerin, und alle waren ganz bei der Sache. Prachtvoll war die Versammlung in Breslau. Saal und Galerie waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Mitten im Vortrag gab es Kurzschluß, aber das Versagen des äußeren Lichtes beeinträchtigte die Versammlung nicht, hell leuchtete über ihr das Licht sozialistischer Erkenntnis. In Liegnitz hatten wir ebenfalls Erfolg, wenn schon dort ein regeres Leben in der Frauengruppe der Partei zu wünschen wäre.

Nun ging es ins Schwarzburg-Rudolstädter Land, um dort das Ergebnis der roten Woche festzuhalten und noch zu vergrößern. Es fanden Versammlungen statt in Melnbach-Glasbach, Deesbach, Oberweißbach, Cumbach, Schwarzja, Rudolstadt, Stadtilm, Blankenburg, Oberhain, Siphendorf, Königsee, Unterwirschbach, Unterweißbach, Lichte, Wildenspring, Wöhlen, Angelroda, Kottleben und Frankenhäusen. Sie waren im allgemeinen gut vorbereitet und brachten gegen 400 neue Mitglieder. In Anbetracht der vorausgegangenen roten Woche war das ein gutes Resultat. Eine treue Genossin stand der Referentin bei den Versammlungen fast überall orientierend zur Seite. In Angelroda tauchte ein Agrarier in der Debatte auf. Er suchte alle Ausführungen der Referentin zu bestreiten, dagegen erklärte er, daß die Frauen das stärkere Geschlecht seien. War es vielleicht dieses Kompliment, das nicht ohne Wirkung blieb? Kurz, die früher so scheuen Angelroder Frauen fanden sich zu einer sozialistischen Gruppe zusammen.

Den Beschluß der Agitation machten Vorträge im Kreise Eisenach-Deimbach. Sie fanden statt in Eisenach, Farnroda, Mittelstal, Mosbach und Stadtlengsfeld. Sie waren gut besucht und von schöner Begeisterung erfüllt. Auch hier konnte trotz der vorausgegangenen erfolgreichen Werbearbeit noch ein guter Gewinn gebucht werden. Die Frauen beginnen überall wach zu werden, die Organisationen haben nun für die vertiefte Erkenntnis der Neugewonnenen Sorge zu tragen. Nicht bloß die Organisation ist gewachsen, viele Hunderte neuer Abonnenten auf die örtliche Parteipresse und auf die „Gleichheit“ sind zu verzeichnen. Hier wie überall erkennen die Frauen, daß Einigkeit stark macht und daß Wissen Macht verleiht.

Regina Kuben.

Die rote Woche hat im Wahlkreis Hirschberg-Schönau der Frauenbewegung einen kräftigen Antrieb gegeben. Genossin Wagners-Chemnitz sprach in elf Orten des Kreises. Versammlungleiterin und Begleiterin war Genossin Mattern. Die Referentin verstand es in vorzüglicher Weise, die Zuhörer, besonders die Frauen über unsere heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzuklären. Durch viele Beispiele aus dem Leben wies sie nach, daß die Einführung des Frauenwahlrechts sowohl im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen wie des ganzen werktätigen Volkes liege. Begeistert schilderte sie, warum die Proletarierin für die herrlichen Ziele der Sozialdemokratie kämpfen müsse. Reicher Beifall lohnte ihre Ausführungen. Die Erfolge dieser Aufrüttelung und der Werbearbeit der Parteimitglieder sind nicht ausgeblieben. Es wurden insgesamt 288 neue Mitglieder gewonnen, darunter 181 weibliche. Genossin Wagner hatte in ihrem anfeuernden Schlusswort auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Hausangestellten zu organisieren. Es täte dringend not, daß auch in Hirschberg der Anfang mit der Gründung einer Zählstelle des Hausangestelltenverbandes gemacht würde. Im Riesengebirge leiden die Diensthilfen unter vielen schweren Mißständen. Im Laufe der roten Woche fand eine Zusammenkunft der tätigen Genossinnen statt, bei der Genossin Wagner Anweisungen betreffs der Organisierung der Hausangestellten gab. Es wurde eine Kommission von drei Genossinnen eingesetzt, die die Vorarbeiten für die Gründung einer Zählstelle des Hausangestelltenverbandes übernehmen hat. Ihr gehören die Genossinnen Weitzer und Langen-Runnersdorf und Genossin Ludwig-Hirschberg an. Wer sich im Kreise für diese Arbeit interessiert und sie fördern will, der erhält Auskunft beim Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes Genossen Schödel und beim Arbeitersekretär Langen-Pauline Mattern.

In Schweinfurt-Schöningen ist die politische Organisierung der Proletarierinnen durch den Frauentag ein gut Stück vorwärts gekommen. In beiden Orten sprach Genossin Redling-Münchberg unter lebhafter Zustimmung. Der Gedanke des Frauenwahlrechts

marshiert. Die rote Woche brachte uns 80 neue organisierte Genossinnen und 80 Leserinnen der „Gleichheit“. Nun heißt es tüchtig weiterarbeiten!

Theresia Stadtmüller.

Daß in Ludwigshafen die proletarische Frauenbewegung gute Fortschritte gemacht hat, bewies der heutige Frauentag. Die Versammlung war bedeutend stärker besucht als die in früheren Jahren. Genossin Konrad, die Vorsitzende der Frauenabteilung des sozialdemokratischen Vereins, eröffnete die Versammlung. An Stelle der erkrankten Genossin Alexmann-Frankental sprach Genossin Proffit in wirksamer Weise. Der Frauen- und Mädchenchor des Arbeitergesangsvereins Nord erhöhte durch seine schönen Darbietungen die feilsche Stimmung der Versammelten. Der Frauentag hat unserer Partei neue Anhängerinnen gewonnen, er hat den Mut und die Begeisterung der tätigen Genossinnen gestärkt und wird in ihrer Arbeit nachwirken. Vertrud Schwaub.

Die erste Frauenkonferenz für den Kreis Hof i. V. hat am 8. März stattgefunden und die rote Woche würdig eröffnet. Es war die erste Frauenkonferenz in Bayern überhaupt, und wir hoffen, daß andere Kreise diesem Beispiel folgen werden. Zu der Tagung waren aus 18 Orten des Kreises 88 Genossinnen delegiert worden, nämlich aus Hof, Selb, Kolla, Schönwald, Rehau, Oberlohan, Schwarzenbach a. d. Saale, Helmbrechts, Münchberg, Nittgau, Döhlau, Erfersreuth, Martinlamitz, Sparned, Selbzig und Thiersbach. In manchen davon sind noch keine Frauen politisch organisiert. Genossin Plumtritt, Kreisvorsitzende, leitete die Verhandlungen. Über die Agitation unter den Frauen referierte Genossin Zieh und zeigte überzeugend an praktischen Beispielen, wie man neue weibliche Mitglieder für unsere Sache gewinnt und wie man die neuen Mitglieder schult, damit sie tüchtige, durchgebildete und mithelfende Genossinnen werden. Von den Genossinnen, die sich an der Diskussion beteiligten, bedauerten einige, daß die Männer noch nicht überall das richtige Verständnis dafür hätten, wie wichtig auch die politische Aufklärung und Organisierung der Frauen sei. Andere wünschten dringend, es möge bald wieder eine Agitation unter den Frauen und durch eine Frau veranstaltet werden, der Erfolg sei ihr jetzt sicher. Zum Ausdruck kam, daß wir im allgemeinen mit dem Stande unserer jungen Frauenbewegung zufrieden sein können. Es gibt Ortschaften im Kreise, wo die Zahl der weiblichen und männlichen Mitglieder fast gleich groß ist. Das ist natürlich kein Grund, zu rasten, sondern ermutigt zur fleißigen Weiterarbeit. In ihrem Schlusswort verbreitete sich Genossin Zieh noch über die verschiedenen Kommissionen, in denen die Frauen mitwirken können und empfahl, daß jede Genossin darauf bedacht sein müsse, sich durch unsere sozialistische Literatur fortzubilden. Genossin Plumtritt wurde als Kreisvertreterin gewählt. Die Konferenz schloß mit einem kräftigen Schlusswort des Kreisvertreters. Noch war sie nicht zu Ende, da kamen schon trotz strömendem Regen und fürchterlichem Sturm die Frauen einzeln und in Gruppen zur Frauentagsversammlung. Nicht lange, und der Saal war so dicht gefüllt, daß viele sich mit einem Stehplatz begnügen mußten. Zustimmungsrufe und lebhafter Beifall zeigte, daß die padende Rede der Genossin Zieh den Herzen der Anwesenden gefunden hatte. Der Frauentag mit seiner Begeisterung und seinen Anregungen hat nachgewirkt. Die tätigen Genossinnen haben ihrem Gelübnis gemäß in der roten Woche das Gehörte in die Tat umgesetzt. Fast tagtäglich sah man sie mit Flugblättern in die Häuser gehen, und ihre Arbeit hat sich gelohnt. So haben wir zum Beispiel in Hof allein 84 weibliche und 81 männliche Mitglieder neu gewonnen, im Kreis zusammen 227 Frauen und 527 Männer. Wenn man bedenkt, daß in unserem Wahlkreis 800 bis 900 Steinarbeiter ausgesperrt sind, und daß der Verdienst der Proletarier in Oberfranken sehr gering ist, so erscheint das Ergebnis wirklich befriedigend. Nun soll es unsere erste Aufgabe sein, die neugewonnenen Genossinnen zu schulen und sie zu tüchtigen Mitarbeiterinnen für unsere Sache heranzubilden.

Ch. Plumtritt.

Ueber die Tätigkeit der Kinderschutzkommission in München berichtete Anfang April Genossin Dichtel der Jahresversammlung dieser Körperschaft. Danach hat die Kommission in 61 Fällen einschreiten müssen, weil Kinder gesekwidrig verwendet oder aber verwaht und mißhandelt wurden. 9 Kleine wurden entgegen dem Gesetz beim Milch- und Brotbacken beschäftigt, beim Zeitungsaustragen 17, beim Lütenkleben 1, bei Flugblattverbreitung 2, bei Ausgehendiensten 2. Die Kommission hatte 11 Fälle von Kinderverwahtung und 12 Fälle von Mißhandlung zu erledigen. Auf ihr Betreiben wurden in sechs Sektionsversammlungen Vorträge über das Thema „Kinderschutz“ gehalten. Dabei kamen außerordentlich krasse Fälle von Verleumdung zur Sprache. In einigen davon nahm die Kommission die

Lehrlinge von dem mißhandelndem Meister fort und brachte sie bei anderen Lehrherren unter. Es wurde angeregt, daß Handwerksmeister, die sich gemißhandelter Lehrlinge annehmen wollen, sich mit Angabe ihrer Adresse bei der Kommission melden. Der Berichterstatter behauptete, daß der Kommission nur sehr beschränkte Geldmittel zur Verfügung ständen. Er wünschte, daß die einzelnen Parteifaktionen ein regeres Interesse für das Wirken der Kommission befänden möchten, damit diese in allen Stadtteilen genügend Mitarbeiter fände. Der Vorsitzende der Kommission, Genosse Rechtsanwalt Kaufmann, ergänzte den Bericht in einigen Punkten. Insbesondere nahm er die von dem Münchener Mediziner Geheimrat v. Gruber vertretene Forderung scharf unter die Lupe, daß das Kinderschutzgesetz eingeschränkt, die Kinderarbeit in viel größerem Maße zugelassen werden müsse. Die Kinderschutzkommission hat bei der Münchener Parteileitung angeregt, dem nächsten Parteitag einen Antrag vorzulegen, die Fraktion solle auf schleunige Verbesserung des Kinderschutzgesetzes hinarbeiten. In der Diskussion wurde die baldige Schaffung eines Ledigenheims erwähnt und ausgesprochen, daß dabei auch auf die Unterbringung von Lehrlingen Rücksicht genommen werden sollte.

-as.

### Politische Rundschau.

Als Ostergeschenk ist dem deutschen Volke die neue Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs beschert worden. Oberst Neuter hatte sich zur Rechtfertigung seines Baberner Heldenstreichs auf eine altpreussische, rechtsungültige Kabinettsorder vom Jahre 1820 berufen. Die neue Dienstanweisung ist dazu bestimmt, dieses Prunkstück aus der Rumpelkammer des Absolutismus zu entfernen. Nichtiger: zu erneuern! Denn die neue Vorschrift ist nichts anderes als die alte Kabinettsorder, nur ein wenig überfärbt. Oberst Neuter und seine Kameraden können vollauf zufrieden mit ihr sein. Der Reichstag ist bei der Ausarbeitung dieses Machwerkes vollkommen beiseite gelassen worden, obgleich ihm die Verfassung das Recht gibt, dabei mitzuwirken. Das preussische Kriegsministerium hat die Vorschrift nach eigenem Gutdünken ausgearbeitet und erlassen und veröffentlicht — ausgerechnet zu der Zeit, da die Reichsboten dabei weilen und Offiziere suchen. Ubrigens, selbst wenn der Reichstag einen schönen, freiheitlichen Gesetzesparagrafen betreffend den Waffengebrauch des Militärs zurechtgeschmiedet hätte, die Machtstellung des Offizierkorps wäre dadurch nicht im mindesten erschüttert worden. Den Kampf gegen diese junkerlichen Privilegien kann keine bürgerliche Partei ernsthaft aufnehmen, sondern einzig und allein das Proletariat. Denn unsere deutschen Fortschrittshelden, deren Freiheits hunger durch eine Fastenpeise dürre Paragrafen gestillt werden kann, sind zufriedengestellt. Die Tante Voh begrüßt die neue Vorschrift als einen Sieg der Zivilgewalt über das Militär! Was es mit diesem Siege auf sich hat, ersieht man schon daraus, daß die süddeutschen Bundesstaaten sich die echtpreussische Auffassung dieser Dienstordnung für ihre eigenen Kontingente nicht zu eigen gemacht haben. Der berechtigte Kommentar aber ist die soeben erfolgte Ernennung des preussischen Polizeiministers v. Dallwitz zum Statthalter von Elsaß-Lothringen. Auf Korsu, wo sich der Kaiser gegenwärtig von den Anstrengungen der Regierungstätigkeit erholt, ist dieses Kabinettsstück preussischer Staatsweisheit ausgebrütet worden. Die Elsaßer und Lothringer können sich auf eine großzügige Verpöschung ihrer politischen Zustände gefaßt machen, wenn Herr v. Dallwitz im Statthalterpalais zu Strassburg die Reichslande verwaltet. Es heißt, daß selbst dem Reichskanzler dieser Reaktionär von reinstem Wasser und blauestem Blute zu reaktionär gewesen sei. Indem er diesen Verächter aller demokratischen Gesinnung nach Strassburg abschob, hat er der elsass-lothringischen Bevölkerung, die von den Zeiten der französischen Revolution her mit gut demokratischem Geiste erfüllt ist und die Lage von Babern so schnell nicht wird verschmerzen können, aufs gründlichste vor den Kopf gestoßen. Herr v. Dallwitz wird den neuen Kurs in Elsaß-Lothringen mit harter Hand fortsetzen. Aber er wird auf Klippen stoßen.

An Stelle des Herrn v. Dallwitz ist Herr v. Loebell zum preussischen Polizeiminister ernannt worden, der ehemalige Gehilfe Wilows, ein Anhänger der konservativ-liberalen Paarung seligen Angedenkens. Es ist wohl anzunehmen, daß die Ernennung dieses Mannes im Zusammenhang steht mit dem neuen Schutz- und Trugbündnis der ostelbischen Agrarier mit der nationalliberalen Schwerindustrie.

Die letzten Tage haben ein kleines politisches Räufenspiel auffliegen lassen, das vom Zentrum angezettelt worden war, um den Eindruck seiner gehäuften politischen Verrätereien und die Klassen-

den Gegensätze im Innern der Partei durch Entfaltung des religiösen Fanatismus zu verwischen. Aus einem Brief, den der Kaiser an seine Verwandte, die Landgräfin von Hessen, bei ihrem Abtritt zur katholischen Konfession geschrieben hat, sind von Zentrumsblättern angeblich authentische Stellen veröffentlicht worden. Sie befunden einen glühenden Haß gegen den Katholizismus. Doch es erwies sich, daß diese Stellen dreiste Fälschungen sind. Die Urheber dieses verzweifelten Räufspiels haben darauf einen gar kläglichen Rückzug antreten müssen.

So sehr der Militarismus ein Grundpfeiler der Kapitalsherrschaft geworden ist, so wenig nimmt das Kapital Rücksicht auf ihn, wo er mit seinem Profitinteresse in Widerstreit gerät. Die Rücksicht auf die Wehrfähigkeit würde gebieten, die Ausbeutung ihre Grenze finden zu lassen an den Erfordernissen der Volksgesundheit. Aber ohne Rücksicht darauf haut das Kapital wüst darauf los, und so geht die Tauglichkeitsziffer andauernd zurück. Sie war 1903 noch 57,1 vom Hundert der Gestellungspflichtigen, im vergangenen Jahre aber nur noch 55,5 vom Hundert.

Wieder hat die militaristische Bestie in den letzten Wochen einige blühende Menschenleben zermalmt und gebrochen. Die Leiden, die auf seinem Weg fallen mit der Regelmäßigkeit, mit der die Galme unter dem Schnitt des Mähers dahinsinken, weisen auf den unheilbaren Riß, der zwischen dem militarischen Kadavergehorsam und dem Bewußtsein der kämpfenden Arbeiterklasse aufkluft. In Metz hat sich der Dragoner Emmeluth erhängt, um der Drangsalierung durch die alten Leute ein Ende zu machen. Diese Drangsalierung wird aber von den militarischen Vorgesetzten geduldet oder gar begünstigt. Wegen fortgesetzter Quälerei von Rekruten standen sechs alte Leute vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier. Sie kamen mit nur wenigen Wochen Arrest davon. Einen Selbstmordversuch unternahm der Soldat Mez vom Infanterieregiment Nr. 109 in Waupen, ein ehemaliger Fürsorgezögling. Er wurde, als er sich vom vierten Stock der Kaserne aus dem Fenster stürzen wollte, von seinen Kameraden im letzten Augenblick gerettet. Das Kriegsgericht nahm Simulation an und verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Das Berufsgericht verwarf die gänzlich unhaltbare Annahme der Simulation und sprach den Unglücklichen frei. Durch nichts aber wird die Kulturlosigkeit des Kasernenlebens tiefer gebrandmarkt als durch die Tatsache, daß ein vom Allensteiner Kriegsgericht wegen Fahnenflucht und Diebstahl im Rückfall zu acht Monaten Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilter Soldat dieses Urteil mit „freudiger Erregung“ entgegennahm und sich bereit erklärte, die Strafe sofort anzutreten. Die Befreiung aus der Kaserne wag ihm also bei weitem die Zuchthausstrafe auf! Die Kette dieser erschütternden Brutalitäten, dieser Beispiele unserer Kasernenpädagogik, welche alle edleren und feineren Regungen des Herzens methodisch zerstört, wird nicht eher abreißen, als bis der Militarismus selber endgültig und bis auf den letzten Rest zerstört ist.

Auch die zweite Grundsäule des Klassenstaates, die Polizei, häuft gegenwärtig Beweise, daß sie faul bis ins Innerste ist. Nach Köln kommt Frankfurt. Dort ist der Leiter der Sittenpolizei, ein Polizeikommissar Schmidt wegen dringenden Verdachts, in großem Umfang durch Vordellinhaberinnen Vestedungsgelder empfangen zu haben, seines Amtes entsetzt und verhaftet worden. Ein anderes Bild dieser allgemeinen Fäulnis zeigt ein Vorkall, der sich in Hamburg im Rheinland abspielte. Dort drangen zwei Polizisten wegen vermeintlichem ruhestörendem Lärm zur Nachtzeit in ein Haus ein, holten die Leute aus den Betten und schlugen sinnlos auf sie ein. An die 40 Personen wurden verlegt! So geschehen unter der Regierung des echtpreussischen Verwaltungsgenies v. Dallwitz — des neugeborenen Statthalters von Elsaß-Lothringen —, desselben Mannes, der seine Polizeikommissare auf die Arbeiterjugend, die freien Gewerkschaften und auf die freie Kunst losläßt.

Vogelfreiheit aller schaffenden Kultur! — Das ist die einzige Freiheit, welche die Tyrannei des preussischen Junkers gelten läßt.

In Mecklenburg, das dank seiner Junker immer noch keine Verfassung hat, gab es in den letzten Tagen ein überaus scherzhaftes Zwischenspiel. Der Staatsminister Vossart von Mecklenburg-Strelitz richtete durch das freisinnige „Berliner Tageblatt“, offenbar in Übereinstimmung mit seinem Landesherren, einen kläglichen Notschrei an die liberalen Parteien und an die Sozialdemokratie des Reichstags, dem Lande doch endlich zu einer Verfassung zu verhelfen. Natürlich nicht aus freiheitlichen Beweggründen. Die wahre Triebfeder zu so revolutionärem Beginnen eines ostelbischen Landesvaters und seines Ministers liegt ganz wo anders. Das ständische Regiment verursacht dem regierenden Fürsten nicht unerhebliche finanzielle Beschwerden. Das „patriarchalische“ Verhältnis

zu den Untertanen kommt ihm teuer zu stehen. Nun hat der mecklenburgische Großherzog die Geschichte satt und will die Taschen zuknöpfen. Mit einer Verfassung regiert es sich billiger. Die konservative Presse schäumte vor Wut und rüffelte den festen Minister derb ab, worauf dieser selbstverständlich einen schleunigen Rückzug angetreten hat.

Auch im liberalen Musterland Baden weht allgemach ein schärferer Wind. Der badische Kultusminister hat entschieden, daß die freireligiösen Gemeinden in Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg, Freiburg nicht das Recht haben, die Anstellung von freireligiösen Lehrern zu verlangen.

Die französische Kammer hat sich in ihrer letzten Sitzung noch mit dem Fall Rochette beschäftigt. Sie nahm eine Tagesordnung an, die die mißbräuchlichen Einmischungen der Finanz in die Politik und der Politik in die Justiz sehr milde rügt, aber den verbrecherischen Ministern nicht ein Haar krümmt. Nur der Oberstaatsanwalt Fabre wurde als Sündenbock in die Wüste gejagt. Das einzige positive Resultat der jetzt aufgelösten Kammer ist das reaktionäre Dreijahresgesetz. Die Einkommensteuer ist wieder einmal unter den Tisch gefallen. Die Neuwahlen finden Ende April statt. Auch Herr Caillaux, der sich ob der Revolvertranche seiner Frau an dem Redakteur des Figaro, Calmette, von der politischen Laufbahn zurückziehen wollte, hat sich eines Besseren besonnen und seine Kandidatur in seinem alten Wahlkreis wieder aufgestellt. Weite Kreise der französischen Bevölkerung, nicht allein die Arbeiterschaft, sind über das Scheitern der progressiven Einkommensteuer und über das Gesetz betreffend die dreijährige Dienstzeit aufgebracht. Es steht zu erwarten, daß die Wähler mit der finanziellen und politischen Mißwirtschaft der französischen Bourgeoisie gehörig abrechnen und der Sozialdemokratie ihr Vertrauen bezeigen werden.

In England bemühte die Britische Sozialistische Partei den Armeekonflikt, um die Forderung des Volksheeres zu erheben. Die Offiziere sollen aus den Reihen der gemeinen Soldaten gewählt werden. Ferner forderte die Partei die Soldaten auf, sich das Verhalten der aristokratischen Offiziere zum Muster zu nehmen, falls die Regierung sie einmal in wirtschaftlichen Kämpfen gegen das Proletariat verwenden wolle. Das Homerule- (Selbstregierungs-) Gesetz für Irland wurde vom Unterhaus in zweiter Lesung angenommen. Daß die letzten Vorgänge in England aufklärend auf das Klassenbewußtsein der englischen Arbeiter gewirkt haben, beweist unter anderem der Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei in Bradford. Dort wurde zum erstenmal eine seit Jahren immer wieder eingebrachte und abgelehnte Resolution angenommen, die eine selbständige, von den Liberalen unabhängige Taktik der Arbeiterpartei im Parlament verlangt.

In Norwegen ist ein politischer Massenstreik in Sicht. Das radikale Ministerium, das die Mehrheit in der Volksvertretung hat, brachte eine Vorlage ein, nach der alle Arbeitsstreitigkeiten durch ein Zwangsschiedsgericht erledigt werden müssen. Streiks werden zu Verbrechen gestempelt. Der Parteivorstand der norwegischen Sozialdemokratie beschloß darauf, den Generalstreik zu erklären, falls die Vorlage Gesetz wird. Ein einziges Mitglied des Ministeriums, der Minister für soziale Angelegenheiten, Handel und Industrie Castberg hat sich geweigert, diesen widerrechtlichen Gedroßelungsversuch der norwegischen Arbeiterbewegung mitzumachen. In einem mannhaft protestierenden Schreiben an seinen König hat er seine Demission eingereicht.

Die Wahlen in Schweden zur zweiten Kammer des Reichstags nehmen einen günstigen Verlauf für unsere Schwesterpartei.

Über die Arbeiterbewegung Rußlands berichten wir an anderer Stelle. Die Reichsduma hat am 9. April die Einführung eines Einfuhrzolls von 30 Kopelen für ein Pud brutto (gleich 4 M. pro 1000 Kilogramm) auf Getreide, Erbsen und Bohnen beschlossen. Damit hat Rußland das Vorpostengeficht zu einem Zollkampf gegen Deutschland eröffnet. Diese Einfuhrzölle sind nämlich eine Kampfmaßregel gegen die deutsche Getreideeinfuhr, die, begünstigt durch die Einfuhrschneise, den russischen Markt mit billigem Getreide, vor allem mit preussischem Roggen überschwemmt. Ferner droht Rußland — und ebenso auch Österreich — den Zusrom seiner Landarbeiter nach Deutschland zu sperren, falls die deutsche Regierung auf eine Revision der bestehenden Getreidezölle nicht eingehen wolle. Eine empfindliche Drohung für unsere Agrarier! Es würde ihnen an Arbeitskräften mangeln, falls Rußland und Österreich ihre Drohung wahr machen wollten. So sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, Änderungen unseres Zolltarifs in Erwägung zu ziehen.

Im südlichen Albanien ist endlich der seit Monaten offen vorbereitete Aufstand ausgebrochen. Die europäischen Großmächte sind die wahren Schuldigen an diesem Aufstand. Sie haben zur Vor-

bereitung ihres Kampfes um die asiatische Türkei Völker und Völkchen auf dem Balkan aufeinandergehetzt, wechseln jetzt diplomatische Notizen und veranlaßten Monarchen- und Ministerbesuche, um die „Fragen“ zu lösen, die nur dank ihrer imperialistischen Raubgelüste existieren. Vorläufig, aber nur vorläufig, scheinen die von Griechenland direkt und indirekt geförderten Aufstände der im Süden Albanien lebenden Epiroten blutig unterdrückt worden zu sein.

Die Türkei hat mit Frankreich eine große Anleihe in zwei Abschnitten von zirka 600 und 800 Millionen Franken abgeschlossen. Dem französischen Kapital sind dafür bedeutende Eisenbahntonzessionen im nördlichen und östlichen Kleinasien und Syrien, ferner Hasenbauten im Mittelländischen und Schwarzen Meere zugewiesen worden. So wird die Türkei bald bis auf die letzte Quadratmeile unter die europäischen Kapitalistengruppen zur Ausbeutung aufgeteilt sein. Den Profit haben die türkischen Volksmassen, in erster Linie die durch das herrschende Steuerpachtssystem verelendeten Bauern zu liefern. Hand in Hand mit der Anleihe geht eine Erhöhung der türkischen Steuerlasten. Das Programm der Regierung weist vor allem eine lange Reihe indirekter Steuern auf.

In Mexiko gab ein läppischer „Zwischenfall“, der sich in dem Hafen Tampico an der Atlantischen Küste ereignete, den Vereinigten Staaten endlich den erwünschten Anlaß, die atlantische und pacifische Flotte zu mobilisieren und mit der Besetzung von Vera Cruz und Tampico zu drohen.

A. Th.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Das Gespenst einer schweren Vergangenheit scheint wieder umzugehen. Man könnte glauben, die preussische Polizei wolle die Zeiten des Sozialistengesetzes seligen Andenkens heraufbeschwören. Gegen die Gewerkschaften — richtiger gesagt: gegen unsere Zentralverbände — sind die Heldentaten des Herrn von Dallwitz gerichtet. Der Prozeß gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes war nur das Vorpiel zu einem größeren reaktionären Schaustück. Zuerst betrat Berlins berühmter Polizeipräsident Traugott v. Jagow die Bühne. Er richtete an einige in Berlin lehrende Zentralverbände der freien Gewerkschaften und an einige Ortsverwaltungen die Verfügung, Statuten und Mitgliederverzeichnis der Polizei auszuliefern, da sie politische Vereine seien. Kurz und bündig! Man hört den schnarrenden Kommandoton des Junkers. Abirgens stützte sich diese Verfügung nicht auf das „liberale“ Reichsvereinsgesetz, sondern auf Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts vom Jahre 1888. Mit schlauer Berechnung. Bei den ordentlichen Gerichten, das fühlte offenbar der Berliner Polizeigewaltige, war seine Sache nicht sicher genug aufgehoben. So aber ist die Angelegenheit zu einem Verwaltungsstreit umgebogen und umgedeutelt worden; und wie das Oberverwaltungsgericht entscheiden wird, das kann man allerdings im voraus wissen. Präzedenzfälle liegen vor. Schon in einem früheren Falle hat das Oberverwaltungsgericht die freien Gewerkschaften für politische Vereinigungen erklärt. Noch mehr. Es hat daraus diese Folgerung gezogen: wenn die Zentraleitung einer Gewerkschaft für politisch erklärt wird, so gilt das damit auch ohne weiteres für sämtliche Ortsgruppen. Eine sehr brutale Vereinfachung des Verfahrens! Mit einem einzigen Schlage könnten so alle unsere gewerkschaftlichen Organisationen getroffen werden. Natürlich tauchte sofort nach jenem ehlpreussischen Heldenstück die Vermutung auf, daß der Berliner Polizeihauptling mit seiner schneidigen Verfügung nicht „allein auf weiter Flur“ stehen werde. Hinter Herrn v. Jagow suchte man Herrn v. Dallwitz. Mit gutem Grund. Schon dazumal, als vom hochwohlweisen Oberverwaltungsgericht die Gewerkschaften für politisch erklärt worden waren, hatten der preussische Polizeiminister und der Mann die Köpfe zusammengesteckt, der in einem Gutachten den politischen Charakter der Gewerkschaften bescheinigt hatte. Dieser Mann war aber der Berliner Polizeigewaltige in Person. Als bald nach der Verfügung des Polizeipräsidenten konnte man es denn auch in der Tagespresse lesen: der Vorstoß gegen die freien Gewerkschaften sei auf eine allgemeine und grundsätzliche Anweisung der preussischen Regierung zurückzuführen; sie habe alle Polizeiverwaltungen in Preußen angewiesen, in gleicher Weise vorzugehen. Freudig klatschten die Scharfmacher Beifall.

Ein wesentlicher Schaden aber kann unseren Gewerkschaften durch derlei Polizeischikanen nicht zugefügt werden. Die Scharfmacher wünschen, daß die Organisationen die jugendlichen Mitglieder verlieren. Die Fuchtel der Polizei soll wieder über den Gewerkschaften, ihren Versammlungen und Verwaltungen frisch und nummer geschwungen werden, soweit das bisher nicht mehr geschah. Nun, man braucht wahrlich kein Prophet zu sein, um den Erfolg dieser ehrenwerten Bemühungen im voraus zu kennen. Die Polizei-



2 oder 3 Pf. vor; dazu kommt meist noch eine Herabsetzung der Arbeitszeit um ebensoviel Stunden die Woche. Die Staffellung der Verbesserungen ermöglichte es, beim Abschluß der Lohnbewegungen insgesamt höhere Erfolge herauszuschlagen, als sie erreichbar gewesen wären, wenn alle Erzungenschaften sofort hätten durchgeführt werden müssen. Für die Arbeitgeber war die Zustimmung leichter, weil sich auf diese Weise die Produktion eher an die veränderten Bedingungen gewöhnen konnte. Tatsächlich sind denn auch die Arbeitsbedingungen der Holzindustrie in recht vielen Orten die am weitesten fortgeschrittenen. Vor allem ist ihre Arbeitszeit fast überall für andere Berufe vorbildlich. Aber eine Schattenseite hat diese Art der Regelung. Der Zeitpunkt der Lohnbewegung — nun des Tarifablaufs — wie der durchzuführenden Verbesserungen kann nicht mehr wie früher nur in die Perioden guten Geschäftsganges gelegt werden. Tarifabschluß und Verbesserung muß erfolgen, auch wenn die Zeilläufe dafür ungünstig sind. Das stellt außerordentlich hohe Anforderungen an die Stärke der Organisation. Der einzelne Arbeitgeber drückt sich in solchen Zeiten nur zu gern um die vertraglich übernommene Mehrbelastung herum. Die Organisation der Arbeitgeber als Vertragspartner soll jedoch die widerstrebenden Mitglieder auch dann zur Einhaltung der tariflichen Verpflichtungen veranlassen. Andernfalls würde sie eingestehen, daß es ihr mit dem Tarif gar nicht bitter ernst ist oder daß ihre angebliche Stärke nur vorgekautet war. Wie der Tarifvertrag in guten Zeiten die Arbeiter bindet, verpflichtet er natürlich in schlechten die Unternehmer.

In der Holzindustrie kam zu dieser Sachlage im heurigen Frühjahr noch etwas anderes hinzu. Zahlreiche Orte sollten eine Lohn-erhöhung von 2 Pf. die Stunde gewähren, die weder in ihrem alten Tarifvertrag stand, noch durch eine besondere Lohnbewegung erkämpft worden war. Lediglich ein Schiedsspruch hatte sie ihnen auferlegt. Bei der vorjährigen großen Tarifbewegung hatten die beiden Zentralverbände der Arbeiter und Arbeitgeber einen Schiedsspruch des Freiherrn v. Verlepsch als Unparteiischen anerkannt. Dieser Spruch bestimmte, daß alle am 15. Februar 1914 ablaufenden Tarifverträge ohne weiteres bis 1915 weitergelten und die beteiligten Arbeiter dafür 2 Pf. Lohn-erhöhung erhalten sollten. Die Lohn-erhöhung war also der Ausgleich für den Verzicht auf die Kündigung des Vertrags.

Nach der Krise des letzten Winters und bei der noch wenig befriedigenden Wirtschaftslage ist die Durchführung solcher Bestimmungen zweifellos eine Feuerprobe für die Organisationen der Vertragschließenden. In den meisten Orten haben die Unternehmer Schiedsspruch und Vertrag loyal durchgeführt, sie kennen die Disziplin ihres Vertragspartners. Aber trotzdem fanden sich genug Unternehmer, die aus der Reihe tanzten. Vereinzelt versuchten sie, den Termin der Verbesserungen um Monate hinauszuschieben. Als die Arbeiter kurz ablehnten, fügten sich die Herren in das Unvermeidliche. In Gera, Eisenberg, Zuffenhausen, Wahrenth, Königsberg und anderen Orten traten die Meister zum Teil aus dem Unternehmerverband aus und mußten erst durch ernste Vorstellungen oder Streik an ihre Pflichten erinnert werden. An einigen dieser Orte dauert der Kampf noch fort. In Berlin, am Sitz des Unternehmerverbandes, waren es besonders viele organisierte Arbeitgeber, die sich weigerten, die tariflichen Zulagen zu gewähren. Auch in Greiz, Mühlhausen i. Thür., Graudenz und Regensburg kam es darob zu Differenzen. Besonders typisch für das zwiespältige Verhalten der Arbeitgeber ist ein Fall in Dessau. Auch dort hatten die Gesellen die ihnen zustehende tarifliche Lohn-erhöhung gefordert. Die Meister lehnten sie ab, und selbst die Entscheidung der tariflichen Schlichtungsinstanzen änderte an ihrer Haltung nichts. Die Unterhandlung hatte der juristische Sekretär des Arbeitgeberverbandes zu führen. Dieser merkwürdige Unterhändler bestrafte die Meister eher in ihrem tarifbrüchigen Benehmen, als daß er ihnen ordentlich den Marsch geblasen hätte. Erst die geschlossene Arbeitsniederlegung der Gesellen bewirkte die schleunige Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen. Aber nun zeigte der Arbeitgeberverband sein wahres Gesicht. Sein Vorstand selbst hatte vorher das Verhalten der Dessauer Arbeitgeber als Vertragsbruch bezeichnet. Nun jedoch veröffentlichte das Verbandsorgan der Arbeitgeber eine „schwarze Liste“ der Ausständigen. Diese seien tarifbrüchig geworden, so hieß es, und sollten nun von keinem Meister mehr eingestellt werden. Die Liste enthielt sogar Namen von Arbeitern, die schon lange vorher von den Meistern ausgesperrt worden waren. Kurz, das Arbeitgeberorgan fabrizierte den Tarifbruch der Meister zum Tarifbruch der Gesellen um.

Das ließ sich der Holzarbeiterverband nicht ruhig gefallen. Die folgende Nummer der „Fachzeitung“ der Arbeitgeber sammelte die Entschuldigung, daß jene schwarze Liste nur durch ein „Versehen“ in die Zeitung gekommen sei. In Wirklichkeit zeigt der Fall nur erneut, wie die Dinge stehen. Dem Arbeitgeberverband fehlt nicht

nur der Einfluß, sondern recht oft auch der gute Wille, seine Mitglieder zur bedingungslosen Einhaltung der geschlossenen Verträge zu zwingen. Für die Arbeiter ist das eine Mahnung, auch während der Dauer der Tarifverträge eifrig am Ausbau ihrer Gewerkschaft zu arbeiten. Nicht der papierene Arbeitsvertrag selbst bietet Bürgschaft für die festgelegten Arbeitsbedingungen, sondern die Kraft, die hinter dem Vertrag steht.

**Die preussische Polizeibehörde als Gegner des Deutschen Holzarbeiterverbandes.** Die preussische Polizeibehörde möchte den Deutschen Holzarbeiterverband unter ihrer Aufsicht haben. Schon mehrfach ist das bei einzelnen Zahlstellen (Ortsvereinen) versucht worden, aber immer hat sich die Polizei dabei den Schmutzen geholt. So mußte sie sich erst in den letzten Jahren in Sagan, Thorn und Friedland in Schlesien vom Gericht bestätigen lassen, daß der Holzarbeiterverband kein Verein sei, der eine Einwirkung auf politische Dinge bezwecke, und daß der Verband demnach nicht unter die Beschränkungen des Vereinsgesetzes falle. Nachdem aber nun Ende März der Bergarbeiterverband in erster Instanz als politischer Verein erklärt worden ist, trachtet der Berliner Polizeipräsident nach neuen Vorbeeren. Er hat in den ersten Tagen des April den Vorstand des Holzarbeiterverbandes unter Strafandrohung höchst eigenhändig aufgefordert, das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und das Statut einzureichen. Ein Zeichen, daß er den Verband als politisch betrachten möchte. Mit der gleichen Willbegier ist er übrigens auch an andere Gewerkschaften in Berlin herangeraten, so an die Zentralvorstände des Transportarbeiter- und des Landarbeiterverbandes und an die Zahlstellen der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter und Zimmerer. Viel Glück dürfte er mit seinem Verlangen nicht ohne weiteres haben. Es bleibt abzuwarten, ob sich wirklich weitere Richter finden, die so ganz gegen den Sinn des Vereinsgesetzes entscheiden. Der Holzarbeiterverband hat gegen die polizeiliche Auflage Klage beim Bezirksausschuß erhoben.

**Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.** Die Märzählung ergab 1884 Arbeitslose, darunter 621 Arbeiterinnen, im Vormonat waren 2184, im März des Vorjahres 1241 Arbeitslose gezählt worden. Als auf der Reise befindlich wurden am Märzstichtage 116 Arbeitslose gemeldet, darunter befanden sich 7 Arbeiterinnen. Im Vormonat zählte der Verband auf der Reise 156 und im März des Vorjahres 126 Arbeitslose. Im ersten Quartal 1914 waren 8501 Mitglieder 138 078 Tage arbeitslos, im gleichen Quartal des Vorjahres 6318 Mitglieder 74 187 Tage; an Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt: an 5056 männliche für 81 513 Tage 92 279 Mk. und an 1747 weibliche für 25 927 Tage 21 675 Mk.; im gleichen Quartal des Vorjahres an 3103 männliche für 42 800 Tage 46 144 Mk. und für 1034 weibliche für 12 130 Tage 9456 Mk. Für reisende Arbeitslose betrug die Unterstützung im ersten Quartal 8963 Mk., im gleichen Quartal des Vorjahres 4429 Mk. Die Arbeitslosigkeit ist gegen das Vorjahr bedeutend höher, die Unterstützungstage sind um nahezu das Doppelte gestiegen, von 54 930 auf 107 440, und die Summe der Arbeitslosenunterstützung ist im gleichen Zeitraum um mehr als das Doppelte gewachsen, von 55 600 auf 113 954 Mk. Die Märzählung ergab einen Mitgliederstand von 82 508 männlichen, 53 656 weiblichen Mitgliedern, zusammen 136 162. Die Zählung umfaßte 99,4 Prozent derselben.

### Genossenschaftliche Rundschau.

Im Reichstag ist von den Abgeordneten Dr. Fehlbender und Genossen (Zentrum) ein Antrag eingebracht worden, der eine Änderung des Reichsgesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften herbeiführen will. Dem Antrag sind auch eine Reihe ins einzelne gehende Vorschläge beigelegt, aus denen zu ersehen ist, nach welcher Richtung die gewünschten Änderungen gehen sollen. In erster Linie wird eine Reform des Revisionswesens gewünscht, das durch sogenannte Revisionsverbände geregelt ist. So soll der Begriff der Sachverständigkeit der Revisoren im Gesetz näher bestimmt werden, um eine größere Zuverlässigkeit und Gründlichkeit der Revisionen der einzelnen Genossenschaften zu erzielen. Der Revisor soll aber auch mehr Einfluß und Selbständigkeit in der Berichterstattung über das Ergebnis der von ihm ausgeführten Revisionen erhalten. Für Genossenschaften, die keinem Revisionsverband angehören, sollen von den Zentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten Zwangsrevisionsverbände gebildet werden. Eine solche Bestimmung würde tief in das Selbstbestimmungsrecht der Genossenschaften eingreifen. Revisoren, die ihre Pflicht verletzen, sollen der Genossenschaft persönlich und solidarisch für den dadurch entstandenen Schaden haften. Weitere Änderungen werden in bezug auf die Haftpflicht vor-

geschlagen. Die Haftsumme darf bei einer G. m. b. H. höchstens das Zehnfache des Geschäftsanteils betragen. Wird die Erhöhung des Geschäftsanteils in einer Generalversammlung beschlossen, dann soll die Möglichkeit des unmittelbaren Austritts der Mitglieder erleichtert werden. In bezug auf die Bilanzierung sollen den Genossenschaften größere Verpflichtungen auferlegt werden. Alle diese Vorschläge, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann, haben die Tendenz, den Genossenschaften eine bessere finanzielle Basis von Gesetzes wegen zu geben. Die Konsumvereine gehen diese Vorschläge weniger an. Die Anträge sind vielmehr gezielt durch den großen Krach im sächsischen Kreditvereinswesen, worüber an dieser Stelle vor einiger Zeit ausführlich berichtet wurde. Davon wurde in der Hauptsache der sogenannte kleine Mittelstand betroffen, Handwerker, Landwirte usw. Es ist zweifellos, daß das jetzt geltende, aus dem Jahre 1880 herrührende Genossenschaftsrecht in mancher Hinsicht den Verhältnissen nicht mehr entspricht. Denn seit jener Zeit hat sich das deutsche Genossenschaftswesen enorm entwickelt. Das trifft besonders auf die Konsumvereine zu. Für sie besteht aber mehr das Bedürfnis nach Gesetzesänderungen in organisatorischer Beziehung. Nur ein Punkt sei herausgegriffen. Nach dem jetzt geltenden Recht besteht die Generalversammlung einer Genossenschaft (auch die eines Konsumvereins) aus den Mitgliedern. Diese Bestimmung ist ganz schematisch und trägt den großen Vereinen nicht im geringsten Rechnung. Man denke sich die Generalversammlung für einen Konsumverein mit Zehntausenden von Mitgliedern, wie es in Deutschland jetzt eine sehr große Anzahl gibt! Es wäre nötig, für solche Verhältnisse — ähnlich wie bei den Ortskrankenkassen — das Vertretungssystem für die Generalversammlungen zuzulassen. Die vorliegenden Anträge dürften jedenfalls Veranlassung zu einer gründlichen Untersuchung der Mängel des jetzt geltenden Genossenschaftsgesetzes geben.

In einem Vorort Dresdens war seinerzeit von der Behörde eine Versammlung für „politisch“ erklärt worden, die der Propaganda der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge dienen sollte. Ein Dresdener Schöffengericht stellte sich auf denselben Standpunkt; das Urteil entfiel unter anderem folgenden wunderschönen Satz: „Wenn in einer Versammlung für die gewerkschaftliche, also sozialdemokratische Volksfürsorge geworden und dabei gegen die jetzt vorhandenen, auf dem Boden der jetzigen Staatsordnung stehenden kapitalistischen Volksversicherungen gekämpft werden soll, so werden dadurch die staatlichen Interessen unmittelbar berührt, und es dient insofern eine solche Versammlung der Erörterung politischer Angelegenheiten.“ Das dagegen angerufene Landgericht hatte allerdings für diese grobhartige, mehr der Staatsraison als dem Reichsvereinsgesetz entsprechende Logik keinen Sinn, denn es sprach die Angeklagten frei. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein, die vor kurzem vom sächsischen Oberlandesgericht verworfen wurde. Die Gegner waren dem Staatsanwalt mit einem Stoß von Zeitungsausschnitten an die Hand gegangen; doch der Liebe Mühe war vergebens. Jedenfalls erstieht man an dem Vorgang, mit welchen Mitteln selbst gegen die nützlichsten Einrichtungen der organisierten Arbeiter vorgegangen wird.

Der „Bund der Handwerker“ verlangt vom Reichstag die Einführung einer Umsatzsteuer für alle Detailgeschäfte mit mehr als 50 000 Mk. jährlichem Umsatz. Die vorgeschlagenen sechs Paragraphen für ein solches Gesetz sind außerordentlich einfach. Für je 50 000 Mk. Umsatz soll ein Zehntel Prozent Steuer erhoben werden. Da eine Grenze nach oben nicht vorgesehen ist, würde diese Umsatzsteuer mechanisch ins Ungemessene wachsen. Sie beträgt zum Beispiel bei einer Million 1 Prozent, bei 5 Millionen Mk. Umsatz 5 Prozent usw.! Natürlich stützen sich die Petenten, die ganze Arbeit zu verrichten gedenken, auf „nationale Gründe“. Man muß sich wundern, daß so etwas im Reichstag überhaupt ernst genommen wird. Denn die Kommission will diese Petition dem Reichszangler „zur Kenntnisnahme“ überweisen, statt sie im Papierkorb verschwinden zu lassen.

Die sächsische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der unter anderem auch die Beschaffung von Kapitalien zur Ausführung von Kleinwohnungsbauten für die minderbemittelte Bevölkerung zu fördern sucht. Zu diesem Zwecke soll die Landeskulturrentenbank Darlehen gewähren, und zwar nur an Gemeinden. Für Pangenossenschaften und Private kommt die Landeskulturrentenbank als direkte Geldgeberin nicht in Betracht, wohl aber können ihre Gelder auf dem Umweg über die Gemeinden für jene Kreise nutzbar gemacht werden. Es erhalten nämlich nicht nur solche Gemeinden Darlehen, die Kleinwohnungsbauten für eigene Rechnung herstellen, sondern auch solche, die Darlehen aufnehmen wollen, um ihrerseits ge-

meinnützigen rechtsfähigen Vereinigungen, die die Erbauung von Wohnungen für Minderbemittelte bezwecken, oder auch Einzelunternehmern von Kleinwohnungsbauten die dazu erforderlichen Mittel zu verschaffen“. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß die Gelder des Staates nicht etwa auch an solche Unternehmungen gegeben werden, die nicht aus gemeinnützigen Interessen, sondern zu Spekulationszwecken bauen. Wie nötig das ist, zeigt die Begründung, in der die Regierung unter anderem sagt: „Denn ohne das Privatkapital und den privaten Hausbesitz läßt sich nun einmal das Bedürfnis nach Wohnungen, und selbst auch nur das Bedürfnis nach Kleinwohnungen, nicht befriedigen. Die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden würde für das Gedeihen des Staates von den bedenklichsten Folgen begleitet sein.“ Die sächsischen gemeinnützigen Bauvereinigungen hatten bis September 1912 1408 Häuser mit 7766 Wohnungen errichtet und weitere 555 Gebäude mit 2551 Wohnungen im Bau. In den fertiggestellten Häusern waren 34 000 Bewohner untergebracht. Die Gesamtherstellungskosten sind auf über 40 Millionen Mark zu veranschlagen, zu denen bis Ende Juli 1911 die Landesversicherungsanstalt für das Königreich Sachsen allein 18,7 Millionen Mark beigetragen hatte. In Sachsen herrscht seit Jahren in allen Städten und Industriebezirken großer Mangel an Kleinwohnungen. Die Folge davon ist eine starke Entwicklung der Bau-genossenschaften.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg, die bedeutendste Genossenschaft dieser Art in Deutschland, hat wieder einen über 100 Seiten starken Bericht über das verfloffene Geschäftsjahr 1913 herausgegeben. Die Zahl der Mitglieder stieg von 63 285 auf 68 417; ein Beweis, daß die Werbetaft des Unternehmens dauernd anhält. Die Berufsstatistik zeigt, daß die Mitglieder fast durchweg Arbeiter sind. Der Umsatz ist um 1 828 000 auf rund 23 537 000 Mk. gestiegen. Dieser Umsatz reicht nicht an den des Vereins Leipzig-Plagwitz heran, der viel weniger Mitglieder hat. Es ist ein bisher anhaltender Mißstand bei der „Produktion“, daß viele Mitglieder überhaupt keine Waren kaufen; im letzten Jahre waren 34 Prozent der Mitglieder Nichtkäufer. (1) Eine Erklärung dafür findet sich im Geschäftsbericht nicht. Es handelt sich allerdings dabei um einen Zustand, der schon seit Bestehen des Vereins existiert und sich bis jetzt wenig gebessert hat. In vielen deutschen Konsumvereinen werden die Mitglieder, die einige Jahre hindurch trotz Ermahnens keine Waren aus dem Verein entnehmen, ausgeschlossen. Für die „Produktion“ wäre das freilich bei der großen Zahl der Nichtkäufer ein gewagtes Experiment. Aber hier ist eine sehr wunde Stelle der sonst so großzügigen und leistungsfähigen Genossenschaft. Im übrigen gibt der Bericht auf alle bedeutenderen Geschäftsvorgänge eingehende Auskunft. Die Eigenproduktion ist bekanntlich in dieser Hamburger Genossenschaft von allen deutschen Konsumvereinen am meisten ausgebaut. Die Bäckerei erzielte allein einen Umsatz von fast 3 Millionen Mk., die Fleischerei sogar über 7 1/2 Millionen oder rund 32 Prozent des Gesamtumsatzes. Von den Fleischwaren wurden für 581 000 Mk. an 379 andere Konsumvereine abgegeben. Beschäftigt wurden 1416 Personen. Die einzelnen Einrichtungen und Betriebe des Vereins sind bekannt und wiederholt ausführlich in der Parteipresse besprochen worden.

Der unter bürgerlicher Verwaltung stehende Konsumverein in Breslau hatte Ende 1913 99 728 Mitglieder, etwa 2000 mehr als im Vorjahr. Der Umsatz betrug 25 585 000 Mk.; das ist, im Durchschnitt auf das einzelne Mitglied berechnet, sehr wenig. Ein Verhältnis, das bei diesem Verein schon stets zu beobachten war. Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird vom 14. bis 16. Juni in Bremen abgehalten. Die sehr umfangreiche Tagesordnung enthält die jährlich wiederkehrenden Berichte organisatorischer Art und ein Referat über die Revision des Genossenschaftsgesetzes. Einen breiten Raum dürften die Verhandlungen über Abschluß eines neuen Tarifs mit den Zentralverbänden der Bäcker usw. und der Transportarbeiter einnehmen. Die Vorarbeiten wurden seit etwa einem Jahre vom Generatrat des Zentralverbandes und einer besonderen Kommission erledigt.

H. F.

## Notizenteil.

### Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Die Arbeitslosigkeit im Monat Februar. Wie alljährlich um diese Zeit hat sich die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes für einige Saisongewerbe etwas gebessert. Für die meisten großen Zu-

lustriezweige war jedoch keine wesentliche Besserung der unbefriedigenden Konjunktur zu bemerken. So stellt das „Reichsarbeitsblatt“ fest, und dem ist auch so. Gegen den vorjährigen Februar haben sich die Beschäftigungsverhältnisse fast durchweg noch mehr verschlechtert. Nach den Feststellungen von 847 Arbeitsnachweisen — 109 hatten nicht rechtzeitig berichtet — wurden im Monat Februar 1914 für weibliche Erwerbstätige insgesamt 96 216 offene Stellen gemeldet, denen 92 969 Arbeitsgesuche gegenüberstanden. Unter diesen befanden sich noch rund 14 000, die vom Monat Januar übernommen worden waren. Wie viele Frauen und Mädchen mögen wohl darunter sein, die schon im Dezember des verflossenen Jahres vergeblich Arbeit gesucht hatten? Von den gemeldeten offenen Stellen konnten nur 53 476 im Laufe des Monats besetzt werden, es blieben also nicht weniger als 39 493 Arbeitsgesuche unberücksichtigt. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres haben die Arbeitsgesuche um 14 291, die offenen Stellen dagegen nur um 9811 zugenommen. Auf je 100 offene Stellen kamen bei den festgestellten Gesamtzahlen im Berichtsmonat 97 weibliche Arbeitsuchende, die entsprechenden Zahlen hatten im Vormonat 105, im Februar 1913 aber nur 91 betragen. Die höchste Verhältniszahl wurde im Berichtsmonat in der freien Stadt Hamburg ermittelt, dort kamen 137 weibliche Arbeitsuchende auf 100 Stellen, dann folgen Schlesien mit 118, Bayern mit 117, Elsaß-Lothringen mit 108, ferner Posen mit 105 und das Königreich Sachsen mit 98. In den übrigen Landesgebieten steht die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden unter dem Durchschnitt. Viel höhere Verhältniszahlen ergeben sich auch in diesem Monat, wenn man die Erwerbsgebiete Landwirtschaft, Gast- und Schankwirtschaft und häusliche Dienste ausschaltet, also nur die gewerbliche Tätigkeit in Betracht zieht. Im Monat Februar 1914 entfallen dann auf 100 offene Stellen 156 brotsuchende Arbeiterinnen gegen 134 im gleichen Monat des Vorjahres. Und diese hohen Durchschnittsziffern werden noch in einigen Industrien bedeutend übertroffen. So entfallen auf 100 offene Stellen weibliche Arbeitsuchende:

	Im Februar 1914	Im Februar 1913	Im Januar 1914
In der Metallindustrie . . . . .	254	202	248
In Handelsgewerbe . . . . .	259	237	230
In der Nahrungsmittelindustrie . . . . .	221	211	217
Bei Fabrikarbeit ohne nähere Bezeichnung	178	169	188

Diese Ziffern erweisen zugleich, daß in der Metall- und in der Nahrungsmittelindustrie die Erwerbsmöglichkeit für die Arbeiterinnen sogar noch ungünstiger war als im Vormonat. Ebenfalls verschlechtert haben sich die Beschäftigungsverhältnisse gegen den vorjährigen Februar noch in der Textil-, Holz- und Bekleidungsindustrie sowie im graphischen Gewerbe. Wie schon im Vormonat hat sich auch im Februar die Lage für die weiblichen Erwerbstätigen nur in der Papier- und in der Lederindustrie etwas gebessert.

Nicht günstiger sehen sich die Dinge nach den Ergebnissen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen an. Sie liegen für 36 Organisationen vor, die zusammen 212 715 (im Vorjahr 221 470) Mitglieder umfassen. Am Ende der letzten Woche des Februar 1914 wurden von ihnen 4436 Arbeiterinnen als arbeitslos gemeldet, das sind 2,1 vom Hundert der Mitgliederzahl. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres, wo 3336 weibliche Arbeitslose ermittelt wurden, bedeutet das eine Zunahme der organisierten weiblichen Arbeitslosen von 1100 oder 36 Prozent. Die meisten weiblichen Beschäftigungslosen hatte in diesem Monat verhältnismäßig der Meine Hirsch-Wundersche Verband der Bäcker mit 20,0. Hohe Prozentzahlen weisen noch auf der christliche Keramarbeiterverband mit 7,5, ferner die Verbände der Putzmacher mit 6,8 und der Kürschner mit 5,5. Weniger weibliche Arbeitslose als im vorjährigen Februar wurden nur in den Verbänden der Sattler, Tapezierer, Fleischer, Labararbeiter, Kürschner, Transport- und Buchdruckerhilfsarbeiter sowie im christlichen Fabrikarbeiterverband festgestellt. Einen erheblich niedrigeren Prozentsatz arbeitsloser weiblicher als arbeitsloser männlicher Mitglieder finden wir in folgenden Verbänden mit einer größeren Anzahl weiblicher Verbandsangehöriger: bei den Bäckern waren 1,4 vom Hundert der weiblichen gegen 8,0 vom Hundert der männlichen Mitglieder arbeitslos; bei den Holzarbeitern 2,2 vom Hundert der weiblichen gegen 6,2 vom Hundert der männlichen und bei den Transportarbeitern 1,1 vom Hundert der weiblichen gegen 3,8 vom Hundert der männlichen Mitglieder. Ungünstiger dagegen war der Beschäftigungsgrad der weiblichen Erwerbstätigen bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern. Hier standen 3,9 Arbeitslose vom Hundert weiblicher Mitglieder 1,5 Arbeitslosen vom Hundert männlicher Mitglieder gegenüber. Bei den Brauerei- und Mühlenarbeitern lagen die Dinge ebenso, sie hatten 3,2 vom Hundert weiblicher Mit-

glieder arbeitslos gegen 2,3 vom Hundert der männlichen Mitglieder, und bei den christlichen Textilarbeitern waren 2,5 vom Hundert der weiblichen gegen 1,9 vom Hundert der männlichen Mitglieder beschäftigungslos. a. b.

**Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.**

**Sozialistische Frauenkonferenz von Groß-New York.** Am 29. März wurde im Labor Temple — so heißt das Gewerkschaftshaus in New York City, das Brooklyner wird Labor Lyceum benannt — eine Konferenz von Vertreterinnen der sozialistischen Frauenvereine von Groß-New York abgehalten. Der Zweck war die Aussprache über Propagandapläne zur Förderung der Frauenbewegung. Der Versammlungsfaal war dicht gefüllt. Das Frauenagitationskomitee und jeder Bezirk stellte je eine Referentin mit 15 Minuten Redezeit. Genossin Walliel leitete die Tagung. In einer kurzen Ansprache wies sie darauf hin, daß es nicht nur notwendig sei, den Frauen das Stimmrecht zu verschaffen, sondern daß man sie auch darüber aufklären müsse, wie sie dieses Recht zu gebrauchen haben.

Als erste Referentin sprach Genossin Chotren über „Die gegenwärtige Situation, das Wahlrecht betreffend“. Sie führte aus: „Jetzt ist die Zeit gekommen, wo die Frauen das Wahlrecht erhalten müssen. Was notwendig ist für den Mann der Arbeit, ist noch notwendiger für die Frau der Arbeit.“ Bekanntlich hat der Kongreß, das Bundesparlament der Vereinigten Staaten, kürzlich eine Frauenwahlrechtsvorlage abgelehnt. Im Hinblick darauf erklärte die Genossin, daß auf diesem Wege wohl nie das Stimmrecht für alle großjährigen Frauen zu erreichen sein werde. Die südlichen Staaten wollten nicht einmal den Regern das Wahlrecht zugestehen, viel weniger noch würden sie es den Regerrinnen geben. Genossin Stern behandelte: „Frauenwahlrecht und die sozialistischen Frauen.“ „Die Frauenwahlrechtsbewegung“, sagte sie, „wurde bisher als eine bürgerliche Bewegung abgetan. Man berief sich darauf, daß die Frauenfrage nur mit der sozialen Frage gelöst werde. Aber lange ehe der Sozialismus kommen werde, würden die amerikanischen Frauen das Wahlrecht haben. Das Wahlrecht ist ein Recht, durch welches in den Vereinigten Staaten alle anderen Rechte gewonnen werden können. Hier besitzt der gesetzgebende Körper, das Parlament, verfassungsmäßig neun Zehntel der Machtfülle, die in dem größten Teil Europas den Regierungen zusteht. Das sollte sich jede Frau aufschreiben und an ihrem Kochherd oder Waschtisch oder wo sie sonst arbeitet anbringen. Genossin McDonald erörterte das Thema: „Das Frauenstimmrecht und die sozialistischen Männer.“ Sie erwähnte eine Debatte, die bei dem sozialistischen Kongreß in Gotha zwischen Hasselmann und Veibel über die Frauenfrage geführt wurde. Ersterer vertret den Standpunkt, es sei nicht ratsam, sofort den Frauen das Stimmrecht zu geben. Erst müßten sie besser gebildet sein, da sie sich sonst nur als reaktionäres Stimmvieh gebrauchen lassen würden. Veibel antwortete, daß die Männer ebensomenig gebildet seien wie die Frauen, und doch erwarte man von ihrer Stimmabgabe die Lösung der sozialen Frage. „In den amerikanischen Industrien“, sagte Genossin McDonald, „sind neun Millionen Frauen beschäftigt. Sie zu belehren, daß sie ihre Wohlfahrt in die eigene Hand nehmen, das ist unsere Aufgabe. Laßt uns deshalb zeigen, was die Arbeiterfrauen des Staates New York im Jahre 1916 tun können, wenn sie für den Sozialismus ihre Stimme abgeben.“

Für das Deutsche Frauenagitationskomitee sprach Genossin Schneye über „Naturalisation“. Sie führte aus, daß es sich nicht nur darum handle, das Wahlrecht zu bekommen, nicht nur, es richtig zu gebrauchen wissen, wenn man es hat, sondern man vor allem imstande sein müsse, es gebrauchen zu dürfen. Die meisten eingewanderten Frauen dürfen ja nicht wählen, weil sie nicht Bürgerinnen der Vereinigten Staaten sind. Die deutsche Sprachgruppe der sozialistischen Partei wird Redner ausfinden, welche die Wichtigkeit der Erwerbung des Bürgerrechts hervorheben. Es sei auch den übrigen Sprachgruppen zu empfehlen, ähnliches zu unternehmen. Zurückkommen auf das, was die vorhergehenden Rednerinnen gesprochen hatten, sagte sie, daß sie die Frauenfrage von einem anderen Standpunkt ansehe als jene. Sie selbst sei als Lohnarbeiterin in einer Fabrik beschäftigt und könne bei ihren Mitarbeiterinnen durchaus nichts von jenem wunderbaren Fortschritt bemerken, wie er so enthusiastisch geschildert worden sei. Wenn sie bei ihrer Agitation während der kurzen Mittagstunde auch nur ein Lächeln bekomme, sei sie wohl zufrieden. „Unter dem weiblichen Proletariat sehe es noch herzlich schlecht aus, die meisten Frauen betrachten es noch als naturgemäß, daß

sie ausgebeutet werden. Klassenbewußtsein existiert unter ihnen nicht, wir müssen es erst in ihnen wecken. Aber eine Klassenbewegung erfordert auch eine Klassenrichtlinie für unsere Arbeit, wir dürfen uns von den bürgerlichen Frauen nicht ins Schlepptau nehmen lassen. Selbst müssen wir unseren Kampf ausfechten, von jenen haben wir nichts zu erwarten."

Eine scharfe Protestresolution gegen die schmählische Behandlung der „Mutter Jones“ wurde einstimmig angenommen. Eine Abschrift davon soll an Gouverneur Ammons von Colorado und dessen Milizgeneral Chase gesandt werden. Die Konferenz beschloß das Folgende: Von den sozialistischen Zeitungen und Wochenblättern ist ein ständiger Raum für die Behandlung der Frauenfrage zu verlangen. In der warmen Jahreszeit — die in den meisten Gegenden der Vereinigten Staaten vom Frühjahr bis in den Spätherbst dauert — empfehlen sich Frauenstimmrechtsversammlungen unter freiem Himmel. Es sollte die Anstellung einer bezahlten Organisatorin und die Ausendung von Rednerinnen durchs Land erfolgen, ferner die Einzeichnung aller Frauen, die sich auf zwei Jahre zu ernster Mitarbeit verpflichten. Eine vierte Resolution befaßt sich mit der Methode, den noch nicht naturalisierten Frauen zur Erlangung des Bürgerrechts in den Vereinigten Staaten behilflich zu sein.

**Die Frage der Frauenorganisation vor dem Kongreß der belgischen Arbeiterpartei.** Zu Ostern tagte in Brüssel der 29. Jahreskongreß der belgischen Arbeiterpartei. Auf seiner Tagesordnung stand auch die Frauenfrage, über die Genossin Tillmanns referierte. Schon vor dem Vortrag unserer Genossin war die Frage der Organisation der Frauen in der Partei angeschnitten worden, und zwar im Zusammenhang mit der Organisation der Partei. Der eingesehten Kommission zur Statutenberatung war die Frage zur Prüfung überwiesen worden, wie die Frauen am besten der Arbeiterpartei einzugliedern seien. Genossin Tillmanns wendete sich in ihrem Vortrag entschieden gegen diese Überweisung als gegen eine Verschleppung einer Sache, die dringend der Regelung bedürfe. Sie machte geltend, daß eine ausgiebige Erörterung der Frage und eine Entscheidung darüber schon seit vier Jahren immer wieder vertagt werde. Es sei höchste Zeit, daß mit einer planmäßigen Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Frauen begonnen werde. Genossin Tillmanns beantragte deshalb, daß der Kongreß ihren Vorschlägen über die Frauenorganisation zustimme und sie dem Generalkomitee — der Parteileitung — zur Beachtung überweise. Genossin De Jardin unterstützte diese Ausführungen, gegen die sich Genosse Vandermisse wendete. Er meinte, eine kräftige Agitation unter den Frauen könne betrieben werden, ohne daß schon die Frage der Organisationsform entschieden sei. Es sei zweckmäßig, daß die Kommission zur Statutenberatung zunächst diese Frage prüfe. Genossin Tillmanns machte dagegen geltend, daß die Arbeiterpartei schleunig mit der Organisation der Frauen beginnen müsse. Andernfalls werde sie schlecht fahren, wenn in naher Zukunft das Frauenwahlrecht zu den Gemeinde- und Provinzialräten eingeführt werde. Die nahe Möglichkeit dieser Reform wurde vom Genossen Brodère bestritten, der aber trotzdem warm für den Antrag der Genossin Tillmanns eintrat. Und diese siegte. Der Kongreß überwiegt ihre Vorschläge an den Generalkomitee der Partei, der unmittelbar in die Agitation für die Organisation der Frauen eintreten soll. Hoffentlich wird der Beschluß tatsächlich bald in die Praxis umgesetzt. Bis jetzt ist die sozialistische Frauenbewegung in Belgien leider noch nicht über wiederholte Ansätze hinausgekommen, obgleich es nicht an einem kleinen Stamm kluger, geschullter und tüchtiger Genossinnen fehlt.

### Frauenstimmrecht.

**I. K. Die norwegischen Frauen und die Gemeindevahlen.** Obgleich den norwegischen Frauen leicht und verhältnismäßig bald das politische und kommunale Wahlrecht verliehen worden ist, haben sie doch noch keinen aktiven Anteil am politischen Leben genommen, der der Erwähnung wert wäre. Ebensovienig hat ihre Beteiligung an den Wahlen das frühere Kräfteverhältnis der Parteien zueinander merklich verändert. Das klingt fast entmutigend, jedoch trotz dieser Tatsachen hat uns das erhaltene Wahlrecht einen gewissen Einfluß verschafft. Frauen sitzen in den Schöffengerichten, und Frauen vertreten bei der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten in der Presse wie bei Versammlungen mit Eifer und Geschick ihre Überzeugungen. Und das wichtigste von allem: unser Selbstvertrauen, unser Verantwortlichkeitsgefühl und unser Betätigungsdrang wachsen rasch. Vielleicht sind wir etwas langsam im Gebrauch unseres Stimmrechts. Die Schulung, die

die Genossinnen dieser Länder im Kampfe für das Wahlrecht erlangen, müssen wir Norwegerinnen erst erringen, nachdem wir unsere volle politische Gleichberechtigung erlangt haben. Wir hoffen jedoch, daß das Schlussergebnis eine gesunde, harmonische Entwicklung ist.

Bei den letzten Parlamentswahlen erhielt nicht eine einzige Frau ein Mandat, nicht einmal als Stellvertreterin wurde eine Frau gewählt. Und das, obgleich es in Norwegen jetzt weit mehr weibliche als männliche Wähler gibt. Bei den letzten Gemeindevahlen sind dagegen mehr Frauen gewählt worden als bei irgend einer früheren kommunalen Wahl. Trotzdem steht die Zahl der weiblichen Gemeindevertreter in keinem Verhältnis zu dem allgemeinen Zuwachs an Stimmen. Die Sozialdemokraten haben nun in Stadträten 84 weibliche Vertreter gegen 18 im Jahre 1910, in den Landgemeinden aber nur 11 gegen 15, denen die früheren Wahlen dort Sitz und Stimme in der Kommunalvertretung verliehen hatten. Die Wahlen von 1910 hatten zusammen 1209 Sozialdemokraten in die Gemeinderäte des ganzen Landes gebracht, die Wahlen dieses Jahres ließen die Zahl ihrer Vertreter dort auf 1800 steigen. Man sieht darin, welche winzige Minderheit die erwählten Frauen unserer Partei ausmachen. Bei der Wahl in Christiania fielen nur auf zwei Kandidaten unserer Partei mehr Stimmen als auf eine ihrer Kandidatinnen. Die Tatsache beweist, daß die Sozialdemokratie den Frauenkandidaturen nicht etwa übelwollend gegenübersteht. Bei der Stimmenzählung wurde sehr oft festgestellt, daß der Name einer Frau ausgestrichen und durch den eines Mannes ersetzt worden war, und zwar, daß offensichtlich die Hand einer Frau das getan hatte.

Die sozialistische Arbeiterpartei verfügt im Stadtrat von Christiania über keine sichere Mehrheit. Sie kann einen Beschluß nur dann erzielen, wenn eine Anzahl bürgerlicher Radikaler mit ihr stimmen. Der Stadtrat der Hauptstadt zählt auf 77 Mitglieder 10 Frauen, 4 davon sind Sozialdemokratinnen. Demnächst berichten wir über die Fragen des politischen Lebens, die gegenwärtig in besonderem Maße das Interesse der Frauen in Norwegen beanspruchen.

Fernanda Rissen, Christiania.

### Die Frau in öffentlichen Ämtern.

**Frauen als Gemeindevorstände und Waisenspäterinnen in Baden.** Einstimmig nahm die Kommission für Justiz und Verwaltung der Ersten und Zweiten Kammer des badischen Landtags einen Gesetzentwurf an, der bestimmt, daß Frauen als Gemeindevorstände und Waisenspäterinnen bestellt werden können. Die Abänderung des Rechtspolizeigesetzes vom 17. Juni 1899 hat es möglich gemacht, daß sie diese öffentlichen Ämter besetzen.

**Rund 18000 deutsche Frauen arbeiteten 1913 auf kommunalem Gebiet.** Diese trockenen Ziffern künden den Umschwung, der sich in der Bewertung weiblicher Leistungen vollzogen hat. Die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde nimmt rasch und stark zu. Diese erfolgreiche Entwicklung wird uns ziffernmäßig durch die wertvolle Umfrage gezeigt, die die Zentralstelle für Gemeindeämter der Frau in Frankfurt a. M. im Sommer 1913 vorgenommen hat. Sie versandte zu diesem Zweck 1045 ausführliche Fragebogen an sämtliche deutsche Stadt- und Landgemeinden mit mehr als 6000 Einwohnern. 814 Bogen, fast 80 Prozent, konnten für die Bearbeitung benutzt werden, der Rest entfällt auf kleinere Gemeinden mit fehlender oder ganz unentwickelter Frauenarbeit. Die Umfrage ergab, daß in 593 deutschen Gemeinden gegen 18000 Frauen zur Mitwirkung herangezogen sind bei der Armen-, Waisen-, Ziehkinderversorgung, Berufsvormundschaft, Schulverwaltung, Schulpflege, Wohnungsinspektion, Wohnungspflege, Polizeipflege und beim Arbeitsnachweis. Nahezu zwei Drittel der 18000 Frauen entfielen auf Preußen. Wir werden auf die Ergebnisse der Umfrage noch zurückkommen. Wiederholt machen wir unsere Genossinnen auf die Entwicklung aufmerksam, die uns in den angeführten Zahlen vor Augen tritt. Es ist unbedingt notwendig, daß sie ihr erhöhtes Interesse zuwenden, daß sie sich anschießen, in großer Zahl und intensiv auf kommunalem Gebiet mitzuarbeiten.

Genossinnen! Nutzt jede Gelegenheit aus, um für die Verbreitung der „Gleichheit“ zu agitieren. Agitationsexemplare stehen euch jederzeit kostenlos zur Verfügung.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.